



Monatsbericht des BMF

Februar 2015

Monatsbericht des BMF

Februar 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Sollbericht 2015	6
Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015: Investieren in Deutschl	lands und
Europas Zukunft	
Zum Stand des Reformprozesses in Zypern	34
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	43
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	43
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2015	50
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 20152015	53
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2014	57
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	59
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	64
Termine, Publikationen	66
Statistiken und Dokumentationen	68
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	7C
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	122

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Euro-Mitgliedstaaten stehen angesichts niedriger Wachstumsraten und hoher Schuldenstände weiterhin vor großen Herausforderungen. Sie müssen die öffentlichen Finanzen nachhaltig sanieren und die Voraussetzungen für ein gesundes Wachstum verbessern.

In den vergangenen sechs Monaten sind in einer Monatsberichtsserie zu den Reformprozessen im Euroraum die Fortschritte in einer Reihe von Euro-Mitgliedstaaten näher beleuchtet worden. Die Beispiele Spaniens, Irlands und Portugals, drei der am stärksten von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Länder, zeigen: Es ist möglich, weitreichende strukturelle Reformen durchzuführen und zugleich die Defizite der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu senken. Diese drei Länder nutzten ihre Finanzhilfeprogramme, um Arbeitsmärkte und Standortbedingungen für Unternehmen und Investoren wettbewerbsfähiger und attraktiver zu gestalten. Ihre Exportchancen auf dem Weltmarkt konnten sie spürbar verbessern. Nicht von ungefähr weisen gerade diese drei Mitgliedstaaten der Euro-Währungsunion nun wieder eine deutlich positive Wachstumsdynamik auf.

Reformen tragen auch in anderen Euro-Ländern erste Früchte. Dies spiegelt sich nicht zuletzt im Bericht "Zum Stand des Reformprozesses in Zypern" wider, der die Monatsberichtsserie abschließt. All diese Beispiele belegen, dass zielgerichtete Strukturreformen und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zusammengehören: Reformen sollten an den spezifischen Schwachstellen der jeweiligen Volkswirtschaft ansetzen. Die Herausforderungen bestehen meist darin, die Arbeitsmärkte beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, den Wettbewerb zugunsten der Verbraucher zu verbessern, die öffentliche Verwaltung zu verschlanken und zu modernisieren sowie



Regulierung und Bürokratie auf Investitionsund Wachstumshemmnisse hin kritisch zu überprüfen.

Im Interesse an einem starken und erfolgreichen Europa gilt es, die Reformbemühungen weiter zu unterstützen. Das BMF wird zu dieser Thematik gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds am 25. März eine Fachtagung veranstalten. Unter der Leitfrage "Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?" werden hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Politik über erfolgversprechende Reform- und Konsolidierungsstrategien beraten. Viele Länder können dabei positive Erfahrungen einbringen. Ihnen gelang es, schwere Wirtschaftskrisen zu überwinden. Die Reformländer standen einige Jahre später bei Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand wie auch bei den öffentlichen Finanzen deutlich besser da. Das sollte Ansporn sein für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben in Europa.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das Statistische Bundesamt revidierte das vorläufige Jahresergebnis für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,5 % auf 1,6 %. Maßgeblich war der kräftige Anstieg des BIP im 4. Quartal 2014. Die Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich von der Inlandsnachfrage. Hierzu trug ein Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Investitionen bei.
- Die Beschäftigungsexpansion setzte sich im Schlussquartal fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich auch zu Beginn des neuen Jahres merklich.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Januar 2015 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 4,1% gestiegen. Während die gemeinschaftlichen Steuern um lediglich 1,1% zunahmen, sind die Bundessteuern mit 18,7% Zuwachs im Vorjahresvergleich und die Ländersteuern mit einem Zuwachs von 27,7% überdurchschnittlich gestiegen.
- Im Januar 2015 lagen die Einnahmen des Bundes bei 19,6 Mrd. € und überschritten damit die Einnahmen vom Januar 2014 um 1,3 Mrd. €. Die Ausgaben beliefen sich auf 38,1 Mrd. €.
- Für das Haushaltsjahr 2014 betrug der Finanzierungsüberschuss der Länder 0,7 Mrd. €. Die Länder hatten ursprünglich ein Defizit von 11,0 Mrd. € geplant.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Januar 0,30 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,05 %.

Europa

- In der Eurogruppe am 26. Januar 2015 standen die erfolgreiche Euroeinführung in Litauen, die Situation in Griechenland, die Artikel-IV-Interimsmission des Internationalen Währungsfonds zum Euroraum und die Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten für 2015 auf der Tagesordnung. Zudem diskutierten die Minister über die Verfahren der engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken im Euroraum ein Thema, das beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 12. Februar 2015 ebenfalls auf der Agenda stand.
- Der ECOFIN-Rat befasste sich am 27. Januar 2015 mit der Investitionsinitiative der Kommission und dem Verfahren der wirtschaftspolitischen Steuerung. Zudem wurden die Arbeitsprogramme der lettischen Präsidentschaft sowie der Kommission vorgestellt. Die Minister tauschten sich ferner zur finanziellen Unterstützung der Ukraine aus und befassten sich mit Maßnahmen gegen die Finanzierung von Terrorismus. Sie stimmten dem Anti-Geldwäsche-Paket zu.

Sollbericht 2015

Sollbericht 2015

Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Haushaltsjahr 2015

- Das Haushaltsgesetz 2015 wurde am 31. Dezember 2014 im Bundesgesetzblatt verkündet.
- Der Bund hält bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2015 erneut mit deutlichem Abstand die Vorgaben der Schuldenbremse ein. Der Bundeshaushalt weist im zweiten Jahr in Folge einen strukturellen Überschuss aus; diesmal in Höhe von 0,13 % des Bruttoinlandsproduks (BIP).
- Die Bundesregierung wird im Jahr 2015 weiter gezielt in Infrastruktur, Bildung und Forschung investierten um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands abzusichern.

1	Ausgangslage	6
2	Einhaltung der grundgesetzlichen Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung	
(Schi	uldenbremse)	8
2.1	Ermittlung der Konjunkturkomponente	9
2.2	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme	
3	Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2015	
3.1	Sozialpolitik	9
3.2	Entlastung der Kommunen	10
4	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen	11
4.0	Allgemeine Dienste	11
4.1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14
4.2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	15
4.3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16
4.4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	16
4.5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
4.6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	17
4.7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	17
4.8	Finanzwirtschaft	17
5	Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes	18
5.1	Steuereinnahmen	18
5 2	Sonstige Finnahmen	18

1 Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behauptet. Das BIP stieg mit real 1,6 % stärker als erwartet an, während es im Jahr 2013 das Vorjahresniveau kaum übertroffen hatte.

Die inländische Verwendung setzte wesentliche Impulse zum BIP-Anstieg. Dabei wurde der preisbereinigte Konsum der privaten Haushalte – begünstigt von einem dynamischen Beschäftigungsaufbau sowie deutlichen Einkommensverbesserungen – spürbar ausgeweitet und erwies sich somit als eine wesentliche Stütze des Wachstums. Deutschland weist heute den höchsten Beschäftigungs-

Sollbericht 2015

stand seiner Geschichte auf und die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem drittniedrigsten Niveau seit der Deutschen Einheit.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung 2014 und die wachstumsfreundliche Konsolidierungspolitik der Bundesregierung spiegeln sich im Haushaltsabschluss 2014 wider. So schloss der Staatshaushalt das dritte Jahr in Folge mit einem leichten Überschuss und der Bundeshaushalt konnte erstmals seit 45 Jahren ohne neue Schulden ausgeglichen werden. Die grundgesetzliche Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung, die sogenannte Schuldenbremse, wurde erneut mit deutlichem Abstand eingehalten. Die erfolgreiche Konsolidierungsstrategie hat das Vertrauen von Finanzanlegern und Investoren in die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft weiter gestärkt und damit einen wichtigen Beitrag geleistet, dass sich das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr selbst in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld robust zeigte.

Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2015 wurde am 28. November 2014 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 31. Dezember 2014 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBI. I 2014 Nr. 64, S. 2442). Tabelle 1 zeigt wesentliche Werte zum Bundeshaushalt 2015.

Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2015 sind mit 299,1 Mrd. € geplant und
liegen damit über dem Ist-Ergebnis des
Vorjahres (3,6 Mrd. € beziehungsweise 1,2 %).
Die Verwaltungs- und Steuereinnahmen sind
mit 298,8 Mrd. € veranschlagt. Damit ergibt
sich gegenüber den Ist-Einnahmen 2014
ein geplanter Einnahmenzuwachs von
3,7 Mrd. € (+ 1,2 %). Diese Steigerung ist auf
die weiterhin erwartete positive Entwicklung
der Steuereinnahmen zurückzuführen,
die mit veranschlagten 277,5 Mrd. € das
Vorjahresergebnis um 2,5 % übersteigen

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Soll 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr		
gg		in Mio. €¹		in %	
1. Ausgaben zusammen	299 100	295 486	3 614	1,2	
2. Einnahmen zusammen	298 820	295 147	3 673	1,2	
Steuereinnahmen	277 479	270 774	6 705	2,5	
sonstige Einnahmen²	21 341	24373	-3 032	-12,4	
Einnahmen/Ausgaben = Finanzierungssaldo	- 280	- 297	17	-5,7	
	Deckung des F	inanzierungssaldos			
Nettokreditaufnahme	0	0	0	0,0	
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	280	297	- 17	-5,7	
nachrichtlich:					
investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen, Kapitaleinzahlungen an ESM u.ä.)	26 453	29 275	-2 822	-9,6	

¹Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

²Ohne Münzeinnahmen.

Sollbericht 2015

(+ 6,7 Mrd. €). Dagegen reduzieren sich die erwarteten Verwaltungseinnahmen im Vorjahresvergleich um 3,0 Mrd. € auf 21,3 Mrd. €.

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2015 ein Finanzierungsdefizit von 280 Mio. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgte vollständig über Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen. Die Nettokreditaufnahme beträgt 2015 Null. Damit ist der Bundeshaushalt 2015 der erste Haushaltsplan des Bundes, der keine Neuverschuldung vorsieht. Der Haushaltsplan für 2014 sah noch eine Nettokreditaufnahme vor, auch wenn sich bei Abschluss des Haushalts zeigte, dass hiervon nicht Gebrauch gemacht werden musste.

Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Wichtige Kennziffern des Bundeshaushalts 2015 bestätigen die fortgesetzte Konsolidierung bei der Finanzplanung des Bundes.

- Ausgabenquote zum nominalen BIP: Die Ausgabenquote zum nominalen BIP (Schätzung 2015: 3 013,1 Mrd. €) setzt die Bundesausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland. Mit 9,9 % verringert sich dieser Wert im aktuellen Haushalt 2015 um 0,3 Prozentpunkte gegenüber 10,2 % auf Basis des Ist-Ergebnisses 2014.
- Zinsausgabenquote: Die Zinsausgabenquote zeigt den Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes. Mit 8,6 % für 2015 sinkt diese um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Ist 2014 mit 8,8 %.
- Zins-Steuer-Quote: Die Zins-Steuer-Quote zeigt den Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinsausgaben aufzuwenden ist. Dieser Anteil liegt 2015 bei 9,2 % und verbessert sich um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2014 (Ist: 9,6 %).

- Steuerfinanzierungsquote: Die Steuerfinanzierungsquote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Bundesausgaben. Dieser Anteil liegt 2015 bei 92,8 % und verbessert sich gegenüber den 91,6 % für 2014 deutlich um 1,2 Prozentpunkte. Somit erhöht sich der Anteil der durch laufende Steuereinnahmen gedeckten Ausgaben erneut.
- Primärsaldo: Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Diese wichtige Größe eröffnet somit den Blick auf den Haushalt ohne die Lasten hier Zinslasten der Vergangenheit. Der Bundeshaushalt 2015 rechnet mit einem Primärüberschuss von 25,3 Mrd. € gegenüber dem Haushalt 2014, bei dem ein Primärüberschuss von 25,6 Mrd. € erzielt wurde.
- 2 Einhaltung der grundgesetzlichen Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung (Schuldenbremse)

Zur Berechnung der für 2015 geltenden Defizitobergrenze wird – ausgehend von der strukturell zulässigen Nettokreditaufnahme – eine Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen und anhand einer Konjunkturkomponente eine Konjunkturbereinigung des Bundeshaushalts durchgeführt.¹ So wird gewährleistet, dass die Finanzpolitik durch das vollständige Wirkenlassen der

¹ Kompendium zur Schuldenbremse unter http:// www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/ Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/ Schuldenbremse/kompendium-zur-schuldenbremse. html.

Sollbericht 2015

automatischen Stabilisatoren² sowohl in wirtschaftlich guten als auch in wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten antizyklisch, also konjunkturstabilisierend, reagiert.

2.1 Ermittlung der Konjunkturkomponente

Die Konjunkturkomponente errechnet sich als das Produkt aus Produktionslücke und Budgetsemielastizität. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der wirtschaftlichen Aktivität von der konjunkturellen Normallage. Dabei gibt die Schätzung der Produktionslücke - als Abweichung des tatsächlichen beziehungsweise erwarteten BIP vom Potenzialpfad - das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. Die Budgetsemielastizität gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den Bundeshaushalt.

Im Haushaltsjahr 2015 berechnet sich die Konjunkturkomponente wie folgt: Die bei Haushaltsaufstellung für 2015 geschätzte (nominale) Produktionslücke beträgt - 24,4 Mrd. €. Durch Multiplikation der Produktionslücke mit der Budgetsemielastizität des Bundes von rund 0,205 ergibt sich eine Konjunkturkomponente von rund - 5,0 Mrd. €.

2.2 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme

² Weil die Steuereinnahmen in konjunkturell schlechten Zeiten (im Vergleich zur Entwicklung in einer konjunkturellen Normallage) zurückgehen und die Staatsausgaben – vor allem wegen steigender Transferzahlungen durch die Sozialversicherungen – zunehmen, geht von den öffentlichen Haushalten eine automatische Stabilisierungswirkung auf den Wirtschaftsprozess aus. Der entgegengesetzte Stabilisierungseffekt tritt in konjunkturell guten Zeiten auf.

Die Berechnung der im Haushaltsjahr 2015 zulässigen Nettokreditaufnahme ist in Tabelle 2 dargestellt: Ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (18,6 Mrd. €, Position 3 in Tabelle 2) erfolgt eine Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen (1,4 Mrd. €, Position 4) und um die Konjunkturkomponente (-5,0 Mrd. €, Position 5). Damit ergibt sich eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 22,2 Mrd. € (Position 7). Diese nach den Regeln zur Schuldenbremse errechnete zulässige Neuverschuldung stellt jedoch keinen politischen Zielwert dar, sondern eine maximale Obergrenze, die nicht ausgeschöpft wird. Der Bundeshaushalt und die Finanzierungssalden des Aufbauhilfefonds und des Energie- und Klimafonds sind ausgeglichen (Position 8). Somit liegt die strukturelle Nettokreditaufnahme bei -3,6 Mrd. € (Position 9). Der Bundeshaushalt weist im zweiten Jahr in Folge einen strukturellen Überschuss (von 3,6 Mrd. € oder + 0,13 % des BIP) aus. Damit hält der Bund bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2015 erneut mit deutlichem Abstand die Vorgaben der Schuldenregel ein.

3 Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2015

3.1 Sozialpolitik

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist weiterhin finanziell stabil aufgestellt.
Aufgrund der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erzielte die BA auch 2014 einen Überschuss und konnte die Ende 2013 vorhandene allgemeine Rücklage von 2,4 Mrd. €. im Jahr 2014 auf 3,4 Mrd. € weiter aufbauen. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz unverändert 3,0 %.

Die Sozialversicherungen konnten in den vergangenen Jahren zunehmend eine positive Einnahmenentwicklung

Sollbericht 2015

Tabelle 2: Komponenten zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2015 (Stand: Haushaltsaufstellung im Herbst 2014)

1. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP)	0,66
2. Nominales BIP der Haushaltsaufstellung des vorangegangenen Jahres (in Mrd. €)	2 809,5
3. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €) (Zeile 1. x Zeile 2.)	18,6
4. Saldo der finanziellen Transaktionen (in Mrd. €)	1,4
5. Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	- 5,0
6. Abbauverpflichtung aus dem Kontrollkonto	-
7. Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	22,2
8.Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	0,0
8.a Nettokreditaufnahme des Bundes (in Mrd. €)	0,0
8.b Finanzierungssalden der Sondervermögen (in Mrd. €)	0,0
9. Strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	- 3,6
in % des BIP	-0,13%

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

verzeichnen. Trotz der in den Jahren 2012 und 2013 erfolgten Beitragssatzsenkungen und der Leistungsausweitungen durch das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) war die Nachhaltigkeitsrücklage der allgemeinen Rentenversicherung mit rund 35 Mrd. € zum Jahresende 2014 so hoch wie nie zuvor. Da die Nachhaltigkeitsrücklage auch im Jahr 2015 voraussichtlich 1,5 Monatsausgaben übersteigen wird, wurde der Beitragssatz für die allgemeine Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 nochmals um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 % abgesenkt. Arbeitnehmer werden dadurch in diesem Jahr um insgesamt rund 1Mrd. € entlastet. Die Arbeitskosten der Wirtschaft sinken ebenfalls um rund 1 Mrd. €.

Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stellt sich weiterhin positiv dar: Der allgemeine Beitragssatz zur GKV wurde zum 1. Januar 2015 von 15,5 % auf 14,6 % abgesenkt. Der bisherige, allein von den Mitgliedern zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten ist entfallen. Stattdessen

können die Krankenkassen einkommensabhängige Zusatzbeiträge erheben. Die Krankenkassen sind deshalb gehalten, möglichst niedrige Zusatzbeiträge zu erheben, effizient zu wirtschaften und eine qualitativ gute Versorgung anzubieten. Der auf Basis der Ergebnisse des Schätzerkreises errechnete durchschnittliche Zusatzbeitragssatz in der GKV für das Jahr 2015 liegt stabil bei 0,9 %. Im Rahmen der ab 2015 geltenden neuen Finanzstruktur haben die Krankenkassen die Möglichkeit, ihre erheblichen Finanzreserven bei der Kalkulation ihrer kassenindividuellen Zusatzbeitragssätze zu berücksichtigen.

3.2 Entlastung der Kommunen

Der Bund entlastet die Länder und Kommunen finanziell an vielen Stellen. Insbesondere hat der Bund zunächst schrittweise und ab 2014 vollständig die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen. Schon in den Vorjahren beteiligte sich der Bund prozentual an den entsprechenden Nettoausgaben des Vorvorjahres (2013: 75 %, 2012: 45 %, 2011: 15 %).

Sollbericht 2015

Im Jahr 2015 steht ein Ansatz von rund 5,939 Mrd. € zur Verfügung. Das Ist-Ergebnis für das Jahr 2014 liegt bei rund 5,466 Mrd. €. Im Ausgabenverlauf ist somit ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Der Bund trägt damit in einem erheblichen Maße zu einer finanziellen Entlastung der Gemeinden, Städte und Landkreise bei und auch dazu, dass die Kommunen zusammengenommen bereits einen Haushaltsüberschuss aufweisen.

Mit dem Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung entlastet der Bund die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 um jährlich 1 Mrd. €. Dies wird erreicht, indem einerseits der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und andererseits die Beteiligung des Bundes an den Kosten von Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in diesem Zeitraum um jeweils 500 Mio. € erhöht werden. Diese Maßnahmen erfolgen im Vorfeld der Entlastung, die in Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) angestrebt wird und damit entsprechend der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag. Zudem ist eine weitere Unterstützung durch den Bund beim Ausbau der Kindertagesbetreuung vorgesehen, die auch qualitative Aspekte umfasst.

4 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen

Als Teil der Haushaltssystematik des Bundes enthält der Funktionenplan die Gliederungsmerkmale für eine systematische Darstellung nach einzelnen Aufgabenbereichen. Ermöglicht wird so eine Auskunft über die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben unabhängig von der institutionellen (ressortorientierten) Darstellungsweise im Bundeshaushalt. So zeigt die dem Haushaltsplan als Anlage beizufügende Funktionenübersicht die

Ausgabensumme aller Haushaltstitel für die jeweilige staatliche Aufgabe, ungeachtet der einzelplan- beziehungsweise ressortorientierten Veranschlagung im Bundeshaushaltsplan. Abweichungen der Zahlen gegenüber anderen Berichten mit anderer Zuordnung beziehungsweise anderer Berechnungsmethode sind daher möglich.

Nachfolgend werden wesentliche Aufgabenbereiche anhand des Funktionenplans dargestellt. Der vollständige Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 ist im Internetangebot des BMF verfügbar.³

Abbildung 1 zeigt einen Überblick der Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt 2015. Erkennbar wird, dass gut die Hälfte der Bundesausgaben (51,2 %) im Bereich Soziale Sicherung getätigt werden. Die übrigen Bundesausgaben haben einen Anteil von 48,8 % der Ausgaben.

Tabelle 3 zeigt auszugsweise die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen und deren Anteil an den Gesamtausgaben. Die Nummerierung und Darstellung erfolgt aufgrund der Systematik des Funktionenplans.

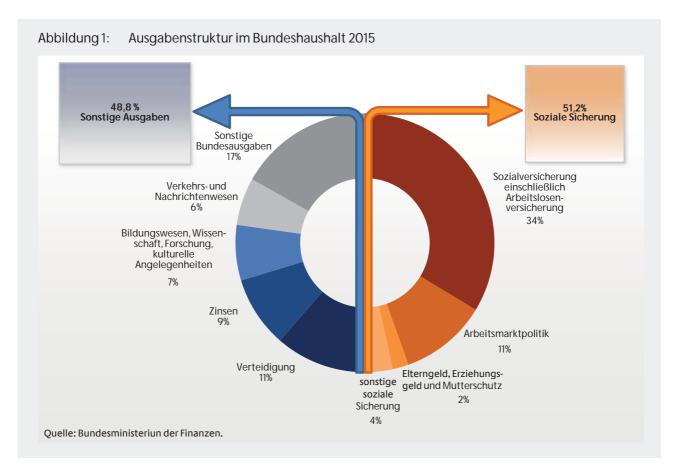
4.0 Allgemeine Dienste

Der Bundeshaushalt 2015 sieht Ausgaben für den Bereich Allgemeine Dienste in Höhe von 65,8 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 22,0 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Hier handelt es sich um zentrale staatliche Aufgabenbereiche wie politische Führung und Verwaltung, auswärtige Angelegenheiten, Verteidigungsausgaben oder wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Politische Führung und zentrale Verwaltung: Für politische Führung und

³ http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Standardartikel/Themen/ Oeffentliche_Finanzen/Bundesh aushalt/ Bundeshaushalt_2015/2015-01-01-HH2015.html oder über den Suchbegriff "Bundeshaushaltsplan 2015".

Sollbericht 2015



zentrale Verwaltung sind in diesem Jahr 14,1 Mrd. € veranschlagt. Davon entfallen 3,8 Mrd. € auf politische Führung. Auf den Bereich Versorgung einschließlich Beihilfen entfallen 8,6 Mrd. €. Hier werden die Ausgaben für Versorgung und Beihilfen für Versorgungsempfänger und deren Hinterbliebene erfasst; u. a. der Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse mit 6,9 Mrd. €. Versorgungsaufwendungen für Soldaten sind dem Verteidigungsbereich zugeordnet.

Auswärtige Angelegenheiten: Auf den Bereich auswärtige Angelegenheiten entfallen 10,2 Mrd. € und auf Auslandsvertretungen 0,8 Mrd. €. Beiträge an internationale Organisationen sind auf 0,7 Mrd. € veranschlagt. Wesentlich ist hier der Beitrag an die Vereinten Nationen mit 0,5 Mrd. €. Für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind 6,5 Mrd. € veranschlagt. Bedeutsam sind hier Ausgaben

für Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit (1,5 Mrd. €), Bilaterale Technische Zusammenarbeit (1,2 Mrd. €), Zahlungen an Einrichtungen der Weltbankgruppe (0,6 Mrd. €) sowie die Beteiligung am Europäischen Entwicklungsfonds (0,7 Mrd. €). Der Koalitionsvertrag sieht als eine prioritäre Maßnahme die Erhöhung der Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance - ODA) um 2 Mrd. € in dieser Legislaturperiode vor. Im Jahr 2015 können den Ressorts aus diesem Paket 400 Mio. € für entsprechende ODA-relevante Ausgaben zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil hiervon entfällt mit rund 323 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, daneben erhalten u. a. das Auswärtige Amt rund 8 Mio. € und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit rund 16 Mio. €.

Sollbericht 2015

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2015 (in Mio. €) ¹	Anteil in % der Ausgaben
Ausgaben zusammen	299 100	100,0
0. Allgemeine Dienste	65 882	22,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung	14 100	4,7
politische Führung	3 756	1,3
Versorgung einschließlich Beihilfen	8 639	2,9
Auswärtige Angelegenheiten	10 095	3,4
Auslandsvertretungen	788	0,3
Beiträge an Internationale Organisationen	698	0,2
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 509	2,2
Verteidigung	32 496	10,9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 504	1,5
Polizei	3 037	1,0
Finanzverwaltung	4 210	1,4
1. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung	20 670	6,9
Hochschulen	4 971	1,7
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 499	1,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 060	3,7
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	4 5 4 5	1,5
Max-Planck-Gesellschaft	786	0,3
Fraunhofer-Gesellschaft	607	0,2
Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft	2 673	0,9
Forschung und experimentelle Entwicklung	5 8 7 2	2,0
2. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	51,2
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	34,1
Leistungen an die Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung)	75 844	25,4
knappschaftliche Rentenversicherung	5 3 6 4	1,8
Unfallversicherung	261	0,1
Krankenversicherung	12 885	4,3
Alterssicherung der Landwirte	2 180	0,7
sonstige Sozialversicherungen	5 5 7 0	1,9
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	7 914	2,6
Elterngeld	5 5 5 5 0	1,9
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	0,7
Arbeitsmarktpolitik	33 294	11,1
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	20 100	6,7
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4900	1,6
aktive Arbeitsmarktpolitik	4252	1,4
sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	4 042	1,4

Sollbericht 2015

noch Tabelle 3: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2015 (in Mio. €) ¹	Anteil in % der Ausgaben
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (einschließlich Gutachterkosten)	5 939	2,0
3. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	0,6
4. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	0,8
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	0,3
6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	1,5
Kohlenbergbau	1 280	0,4
Gewährleistungen	1 150	0,4
regionale Fördermaßnahmen	619	0,2
7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	5,5
Straßen und Kompensationszahlungen an die Länder	7 610	2,4
Bundesautobahnen	3 8 3 6	1,2
Bundesstraßen	2317	0,7
Kompensationszahlungen an die Länder	1 3 3 6	0,4
Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 861	0,6
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	1,5
Sonstiges Verkehrswesen	1 123	0,7
8. Finanzwirtschaft	32 853	12,8
Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 623	1,9
Sondervermögen	5 623	1,9
Zinsen (ohne sächliche Verwaltungskosten)	25 593	10,5

¹ Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Verteidigung: Für den Bereich Verteidigung sind 32,5 Mrd. € veranschlagt. Davon entfallen auf militärische Beschaffungen, Anlagen, Materialerhaltung und Wehrforschung 9,5 Mrd. €, auf die Aktivitätsbezüge der Soldaten und des Zivilpersonals 10,5 Mrd. € sowie auf Versorgungsausgaben 5,5 Mrd. €.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Auf den Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung entfallen 4,5 Mrd. €. Maßgeblich sind hier Aufwendungen für die Polizeibehörden des Bundes wie Bundeskriminalamt und Bundespolizei mit 3,1 Mrd. €. Der Bereich Rechtsschutz ist auf 0,5 Mrd. € veranschlagt, u. a. für das Bundesamt für Justiz oder den Bundesfinanzhof.

Finanzverwaltung: Im Bereich der Finanzverwaltung sind Ausgaben von 4,2 Mrd. € vorgesehen. Hiervon entfallen 3,2 Mrd. € auf

die Steuer- und Zollverwaltung, darunter die Bundeszollverwaltung mit 2,2 Mrd. €. Versorgungsausgaben summieren sich hier auf circa 1,0 Mrd. €.

4.1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten

Der Bundeshaushalt 2015 sieht Ausgaben für das Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten in Höhe von 20,7 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 6,9 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Die Bundesregierung erachtet Bildung, Wissenschaft und Forschung als wichtiges Element, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern und die Basis für den Wohlstand zu sichern. Mit dem Bundeshaushalt 2015 wird dieses politische Ziel konsequent umgesetzt.

Sollbericht 2015

Hochschulen: Der Aufgabenbereich Hochschulen sieht Ausgaben von 5,0 Mrd. € vor. Hierin enthalten sind Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben Bildungsplanung und Hochschulbau von 0,7 Mrd. € sowie Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in Höhe von 1,1 Mrd. €. Mit dem Hochschulpakt 2020 wird u. a. die Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern durch Bundesmittel in Höhe von 2,1 Mrd. € unterstützt.

Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende: Für die Förderung von Schülern, Studierenden und Weiterbildungsteilnehmenden sind 3,5 Mrd. € veranschlagt. Dieser Betrag teilt sich in Förderung für Schüler mit 0,9 Mrd. €, für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs mit 2,0 Mrd. € und für Weiterbildungsteilnehmende mit 0,6 Mrd. € auf.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen werden Finanzmittel des Bundes in Höhe von 11,1 Mrd. € bereitgestellt. Die Mittel im Bereich gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern von 4,5 Mrd. € verteilen sich im Wesentlichen auf die großen Forschungsinstitute Max-Planck-Gesellschaft (0,8 Mrd. €), Fraunhofer-Gesellschaft (0,5 Mrd. €) und Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (2,3 Mrd. €). Auf Forschung und experimentelle Entwicklung entfallen 5,9 Mrd. €. Diese Bundesmittel fließen in eine Vielzahl innovativer Forschungsprojekte, wobei das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) mit 0,5 Mrd. € oder der Beitrag beziehungsweise die Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris mit 0,6 Mrd. € größere Projekte darstellen.

4.2 Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik

Im Bereich Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik sieht der Bundeshaushalt 2015 Ausgaben in Höhe von 153,1 Mrd. € vor. Mit einem Anteil von 51,2 % an den Gesamtausgaben stellt dieser Aufgabenbereich den mit Abstand größten Ausgabenblock des Bundes dar.

Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung: Innerhalb des Bereichs der Sozialen Sicherung stellt der Bereich der Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung mit 102,1 Mrd. € rund ein Drittel (34,1%) der Bundesausgaben. Dieser Betrag verteilt sich wie folgt: Leistungen an die RV (79 Mrd. €), knappschaftliche Rentenversicherung (5,3 Mrd. €), Unfallversicherung (0,3 Mrd. €), Krankenversicherung (12,9 Mrd. €), Alterssicherung der Landwirte (2,2 Mrd. €) sowie sonstige Sozialversicherungen (5,6 Mrd. €). Die sonstigen Sozialversicherungsleistungen des Bundes beinhalten u. a. die Leistungen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme von 1,8 Mrd. € sowie die Erstattung von Aufwendungen der Deutschen RV Bund aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die RV in Höhe von 3.1 Mrd. €.

Familienhilfe, Wohlfahrtspflege: Für den Bereich Familienhilfe und Wohlfahrtspflege sind 7,9 Mrd. € vorgesehen, wobei hier das Elterngeld mit rund 5,6 Mrd. € den größten Anteil hat. Elterngeld erhalten Eltern bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes. Der Ansatz Elterngeld sinkt um rund 130 Mio. € gegenüber den Ausgaben im Haushaltsjahr 2014 aufgrund von einer veränderten gesetzlichen Regelung bei Mehrlingsgeburten.

Sollbericht 2015

Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen: Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen werden 2015 auf 2,1 Mrd. € veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2015 sind u. a. Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene von 0,9 Mrd. € und Kriegsopferfürsorgeleistungen von 0,3 Mrd. € vorgesehen. Des Weiteren sind hier Wiedergutmachungsleistungen von 139 Mio. € und sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen von 0,8 Mrd. € enthalten.

Arbeitsmarktpolitik: Der Bereich Arbeitsmarktpolitik stellt mit 33,3 Mrd. € oder rund einem Zehntel (11,1%) der Bundesausgaben einen weiteren Schwerpunkt im Politikbereich soziale Sicherung. Die Ausgaben teilen sich wie folgt: Arbeitslosengeld II (20,1 Mrd. €), Leistungen für Unterkunft und Heizung (4,9 Mrd. €), aktive Arbeitsmarktpolitik (4,3 Mrd. €), sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (4,0 Mrd. €). Darüber hinaus können Ausgabereste bis zur Höhe von 350 Mio. € bei den Eingliederungsleistungen zulasten aller Einzelpläne in Anspruch genommen werden. Die günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wirkt weiterhin dämpfend auf die Bundesausgaben in diesem Bereich. Die Beschäftigung erreichte im Jahresdurchschnitt 2014 mit 42,65 Millionen erwerbstätigen Personen (Inlandskonzept) zum siebten Mal in Folge einen neuen Höchststand.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Seit dem Jahr 2014 übernimmt der Bund die Nettoausgaben der Kommunen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig. Dafür sind 2015 rund 5,9 Mrd. € eingeplant. 2014 waren es 5,4 Mrd €.

4.3 Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung

Der Bereich **Gesundheit**, **Umwelt**, **Sport und Erholung** ist für das Jahr 2015 auf 2,0 Mrd. € veranschlagt und hat einen Anteil von 0,6 % der Gesamtausgaben. Für das Gesundheitswesen sind Ausgaben von 0,6 Mrd. € vorgesehen. Aus einer Vielzahl kleinerer Ausgabeposten ragen u. a. Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland mit 0,3 Mrd. € oder die Sportförderung mit 0,1 Mrd. € hervor. Für Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes sind 0,5 Mrd. € veranschlagt.

4.4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste

Der Bereich Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste sieht Ausgaben in Höhe von 2,2 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 0,8 % der Gesamtausgaben. Wesentliche Posten sind hier Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung mit 0,5 Mrd. € sowie Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz mit rund 0,4 Mrd. €. Die ebenfalls darin enthaltene Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, dem sogenannten CO2-Gebäudesanierungsprogramm der KfW-Bankengruppe, mit rund 0,7 Mrd. € wird durch weitere Mittel aus dem Energie- und Klimafonds ergänzt. Zudem wird mit dem Haushalt 2015 die im Koalitionsvertrag als prioritäre Maßnahme vereinbarte Anhebung der Städtebauförderung auf ein Programmmittelvolumen von jährlich 700 Mio. € umgesetzt. Innerhalb der Städtebauförderung soll insbesondere das Programm "Soziale Stadt" gestärkt werden.

4.5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Aufgabenbereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist auf rund 1,0 Mrd. € oder 0,3 % der Gesamtausgaben veranschlagt. Größter Ausgabeposten ist hier der Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" mit rund 0,6 Mrd. €.

Sollbericht 2015

4.6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen

Der Aufgabenbereich Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen ist auf 4,4 Mrd. € veranschlagt und hat einen Anteil von 1,5 % an den Bundesausgaben. Die Bereiche Kohlenbergbau (Absatz- und Stilllegungsbeihilfen im Steinkohlebereich) mit 1,1 Mrd. €, regionale Fördermaßnahmen (Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur") mit 0,6 Mrd. € sowie Entschädigungen und Kosten aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen mit 1,2 Mrd. € bilden die wesentlichen Ausgabeposten.

4.7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Der Bundeshaushalt 2015 sieht Ausgaben für den Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen in Höhe von 16,9 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 5,5 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Verkehrsbereich liegt der Ausgabenschwerpunkt auf den klassischen Verkehrsinvestitionen. Von dem im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode festgelegten Betrag in Höhe von 5 Mrd. € zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur wird im Jahr 2015 bereits 1 Mrd. € bereitgestellt.

Straßen und Kompensationsleistungen an die Länder: Hierfür sind 7,6 Mrd. € veranschlagt; davon 3,8 Mrd. € für Bundesautobahnen, 2,3 Mrd. € für Bundesstraßen und 1,3 Mrd. € für Kompensationszahlungen an die Länder aufgrund der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden.

Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt: Die Aufwendungen für Wasserstraßen, Häfen sowie die Förderung der Schifffahrt werden auf 1,9 Mrd. € veranschlagt. Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr: Die Aufwendungen für den Bereich Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr sind auf 5,0 Mrd. € veranschlagt. Hierin enthalten sind u. a. Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes mit 1,1 Mrd. € sowie Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes von 3,4 Mrd. € (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II). Darüber hinaus gewährt der Bund Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs für Vorhaben über 50 Mio. € zuwendungsfähiger Kosten mit 0,2 Mrd. €.

Sonstiges Verkehrswesen: Im Bereich sonstiges Verkehrswesen sind 1,1 Mrd. € veranschlagt. Hier sind u. a. 0,4 Mrd. € für Zuschüsse an Unternehmen des Güterkraftverkehrs (De-Minimis-Programm sowie Aus- und Weiterbildungs-Programm) und 0,5 Mrd. € Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für Lkw durch Private veranschlagt, die aus Mitteln der Lkw-Maut finanziert werden. Zuschüsse an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle" sind in Höhe von rund 0,3 Mrd. € geplant.

4.8 Finanzwirtschaft

Der Bundeshaushalt 2014 sieht Ausgaben im Bereich Finanzwirtschaft in Höhe von 32,9 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 12,8 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Hier werden für den Gesamthaushalt relevante Ausgaben erfasst.

Sondervermögen: Im Bereich der Sondervermögen mit 5,6 Mrd. € stellen die Erstattungen von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens mit 5,3 Mrd. € den Ausgabenschwerpunkt. Daneben gibt der Bund Zuweisungen an den Energie- und Klimafonds in Höhe von 0,8 Mrd. € sowie Zuweisungen an den Entschädigungsfonds von 0,2 Mrd. €.

Sollbericht 2015

Zinsen: Die Zinsausgaben des Bundes (ohne sächliche Verwaltungskosten) sind für 2015 auf 25,6 Mrd. € veranschlagt. Mit 10,5 % der Gesamtausgaben bilden diese einen der größten Ausgabenblöcke im Bundeshaushalt. Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren insbesondere auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. In den vergangenen Jahren profitierte der Bund bei seiner Kreditaufnahme von einem niedrigen Zinsniveau.

5 Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes

Tabelle 4 zeigt die Einnahmen des Bundes im Jahr 2015. Diese sind auf 298,8 Mrd. € veranschlagt. Zusätzlich sind Münzeinnahmen von 0,3 Mrd. € zur Finanzierung der Gesamtausgaben des Bundes von 299,1 Mrd. € veranschlagt. Die Steuereinnahmen bilden mit 277,5 Mrd. € die größte Einnahmequelle des Bundes. Im Haushalt 2015 werden 92,8 % der Ausgaben über Steuereinnahmen gedeckt. Gegenüber 2014 mit 91,6 % steigt die Steuerfinanzierungsquote um 0,9 Prozentpunkte.

5.1 Steuereinnahmen

Basis der Einnahmenplanung des Bundes für 2015 war die 145. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens

ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Tabelle 5 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2015.

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

5.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den vollen jährlichen Reingewinn an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt nach der Gewinnfeststellung im 1. Quartal des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres (Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr). Liegt der Bundesbankgewinn über dem haushälterischen Ansatz beziehungsweise über 2,5 Mrd. €, wird die Differenz zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds beziehungsweise des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" herangezogen. Für das Jahr 2015 sind 2,5 Mrd. € als Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn im Bundeshaushalt veranschlagt.

Abführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben: Nach dem Gesetz zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist mit Wirkung vom 1. Januar 2005 die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben errichtet worden. Die Bundesanstalt nimmt die bis Ende 2004 von der Bundesvermögensverwaltung wahrgenommenen und ihr durch das BImA-Errichtungsgesetz übertragenen liegenschaftsbezogenen sowie sonstigen Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Die an den Bund zu leistende Abführung wird auf der

Sollbericht 2015

Tabelle 4: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2015	Ist 2014	Abweichung des Sol	Il 2015 zum Ist 2014
Elimaninear		in Mio. €¹		in %
Einnahmen zusammen	298 820	295 147	+3 673	+1,2
darunter:				
Steuereinnahmen zusammen	277 479	270 774	+6 705	+2,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	229 224	22 376	+206 848	+924,4
Lohnsteuer	75 480	71 420	+4060	+5,7
veranlagte Einkommensteuer	19 274	19 385	-111	-0,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7 838	8 712	-874	-10,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 471	3 437	+34	+1,0
Körperschaftsteuer	10 100	10 022	+78	+0,8
Steuern vom Umsatz	112 209	108 596	+3 613	+3,3
Gewerbesteuerumlage	1 652	1 603	+49	+3,1
Bundessteuern	102 793	101 804	+ 989	+1,0
Energiesteuer	39 800	39 758	+42	+0,1
Tabaksteuer	14 060	14612	-552	-3,8
Solidaritätszuschlag	15 400	15 047	+353	+2,3
Versicherungsteuer	12 515	12 046	+469	+3,9
Stromsteuer	6 900	6 638	+262	+3,9
Branntweinsteuer	2 032	2 061	- 29	-1,4
Kraftfahrzeugsteuer	8 440	8 501	- 61	-0,7
Kaffeesteuer	1 025	1 016	+9	+0,9
Schaumweinsteuer	429	426	+3	+0,7
Luftverkehrsteuer	990	990	-	
Kernbrennstoffsteuer	1 200	708	+492	+69,5
sonstige Bundessteuern	2	2	-	
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	- 561	-	- 561	
Abzugsbeträge	-53 977	-53 406	- 571	+1,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 016	-10 681	+665	-6,2
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 299	-7 299	-	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4310	-4 015	-295	7,3
BNE-Eigenmittel der EU	-23 360	-22 419	-941	4,2
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-8 992	-	
Konsolidierungshilfen an Länder	- 800	-800		

Sollbericht 2015

noch Tabelle 4: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2015	Ist 2014	Abweichung des Soll 2015 zum Ist 2014		
	in Mio. €¹			in %	
Sonstige Einnahmen	21 341	24 373	-3 032	-12,4	
darunter:					
Abführung Bundesbank	2 500	2 500	-	-	
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	2 181	2 809	-628	-22,4	
Abführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2712	2817	-105	-3,7	
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 3 4 0	4 464	-124	- 3	

¹Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Grundlage eines Wirtschaftsplans ermittelt, in dem die Erträge und Aufwendungen der Bundesanstalt dargestellt sind (Anlage 1 zum Kapitel 6004).

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem
1. Januar 2005 werden Einnahmen aus
der streckenbezogenen Gebühr für die
Benutzung von Autobahnen durch schwere
Lkw (Lkw-Maut) erhoben. Die nach Abzug
der Systemkosten und der Ausgaben für
Harmonisierungsmaßnahmen verbleibenden
Mauteinnahmen werden seit dem

Haushaltsjahr 2011 nur noch zur Finanzierung von Bundesfernstraßenmaßnahmen verwendet. Im Bundeshaushalt 2015 sind die Anpassungen der Lkw-Mautsätze infolge des neuen Wegekostengutachtens (2. Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes) sowie die im 3. Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes vorgesehene Ausweitung der Lkw-Maut auf weitere rund 1.100 km Bundesstraßen (ab 1. Juli 2015) und auf Lkw ab 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht (ab 1. Oktober 2015) berücksichtigt.

Tabelle 5: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 GG	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,4	44,6	2,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	41,4	58,6	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015: Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft

- Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung. Die Erwerbstätigkeit liegt auf Rekordniveau, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Arbeitsmarktentwicklung ermöglicht spürbare Lohnsteigerungen.
- Die Bundesregierung setzt ihren erfolgreichen Konsolidierungskurs fort: Im laufenden Jahr wird der Staatshaushalt erneut mindestens ausgeglichen sein und strukturell einen leichten Überschuss erzielen. Eine stetige und verlässliche Politik der Schuldenbegrenzung schafft Vertrauen bei Unternehmen, Arbeitnehmern und Anlegern und ist zugleich eine wichtige Grundlage für künftige Investitionen und Wachstum.
- Um das Wachstumspotenzial Europas nachhaltig zu verbessern, setzt die Bundesregierung auf einen Dreiklang aus beschleunigten Investitionen, ehrgeizigen Strukturreformen und wachstumsfreundlicher Konsolidierung. Die Bundesregierung begrüßt daher, dass ein Schwerpunkt der Arbeit der neuen Europäischen Kommission darauf liegen soll, die Investitionstätigkeit – insbesondere durch privates Engagement – zu stärken. Wachstums- und Investitionshemmnisse in den Mitgliedstaaten müssen identifiziert und wirkungsvoll angegangen werden.
- Um ein transparenteres, robusteres und sichereres Finanzsystem zu schaffen und die Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten zu erhöhen, sind neben dem deutschen Trennbankengesetz auch auf europäischer Ebene weitere strukturelle Maßnahmen notwendig. Die Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, dass die Vorschläge der Liikanen-Expertengruppe auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Dabei wird darauf zu achten sein, dass die konsequente Bankenregulierung und Bankenaufsicht möglichst nicht zu Ausweichbewegungen in das sogenannte Schattenbankensystem führen.

1	Einleitung	21
2	Öffentliche Haushalte im Zeichen der Nachhaltigkeit	
3	Die Grundlagen für Wachstum in Europa stärken	
4	Vertrauen in die Finanzmärkte festigen	30

1 Einleitung

Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft alljährlich von der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem JWB stellt die Bundesregierung gesamtwirtschaftliche

Orientierungsdaten für das laufende Jahr zur Verfügung, erläutert die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen und nimmt auch zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) Stellung.¹

¹ Sachverständigenrat 2014: "Mehr Vertrauen in Marktprozesse", veröffentlicht am 12. November 2014.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Der diesjährige JWB trägt den Titel "Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft" und legt einen Schwerpunkt auf das Thema Investitionen.

Der Bericht stellt fest, dass die deutsche Wirtschaft in guter Verfassung ist: Die Erwerbstätigkeit liegt auf Rekordniveau, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Arbeitsmarktentwicklung ermöglicht spürbare Lohnsteigerungen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im vergangenen Jahr um 1,6%.

Für 2015 geht die Bundesregierung von einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des BIP von 1,5 % aus. Diese Entwicklung wird hauptsächlich durch die starke Binnennachfrage getragen, welche durch den robusten Arbeitsmarkt und somit den starken privaten Konsum begünstigt wird. Das außenwirtschaftliche Umfeld ist aufgrund geopolitischer Spannungen und der anhaltenden Wachstumsschwäche im Euroraum weiterhin schwierig. Der gesunkene Ölpreis sollte für Wachstumsimpulse sorgen. Die Beschäftigung expandierte im Jahr 2014 um insgesamt 371 000 Personen und liegt mit 42,65 Millionen Erwerbstätigen auf Rekordniveau.

Im laufenden Jahr wird der gesamtstaatliche Haushalt erneut mindestens ausgeglichen sein und strukturell einen leichten Überschuss erzielen. Eine stetige und verlässliche Politik der Schuldenbegrenzung schafft Vertrauen bei Unternehmen, Arbeitnehmern und Anlegern und ist zugleich eine wichtige Grundlage für künftige Investitionen und Wachstum.

Investitionen sind ein Schlüssel zu höherer Wettbewerbsfähigkeit, dauerhaftem Wohlstand und besserer Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Europa. Sie sind neben der Fortsetzung des Reformund Konsolidierungskurses ein zentraler Ansatzpunkt für die wirtschaftliche Erholung Europas. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, private und öffentliche Investitionen in Deutschland und Europa zu

stärken. Sie richtet damit ihre Wirtschaftsund Finanzpolitik darauf aus, Deutschland als Standort zum Leben, Arbeiten und Investieren noch attraktiver und wettbewerbsfähiger zu gestalten. In Europa wirkt sie darauf hin, die Wachstumschancen durch höhere Investitionen, Strukturreformen und wachstumsfreundliche Konsolidierung zu verbessern.

Im Folgenden werden wichtige Aussagen des Berichts mit Schwerpunkt auf den finanz- und europapolitischen sowie finanzmarktpolitischen Maßnahmen vorgestellt.

2 Öffentliche Haushalte im Zeichen der Nachhaltigkeit

Zur positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen hat der Bundeshaushalt wesentlich beigetragen. Der Bundeshaushalt 2014 konnte ohne die Aufnahme neuer Kredite ausgeglichen werden. Dies war zuletzt 1969 der Fall. Damit hat der Bund einen weiteren großen Schritt zu konsolidierten und tragfähigen Staatsfinanzen gemacht. Mit dem Bundeshaushalt 2015 wird dieser Weg konsequent fortgeführt. Diese Politik gewinnt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung an Bedeutung, die einen Aufschub der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht zulässt. Die "schwarze Null" im Bundeshaushalt ist Teil einer Konsolidierungsstrategie, die die zukünftige Handlungsfähigkeit sichert und gleichzeitig Investitionen priorisiert – und zwar nicht nur private, sondern auch öffentliche. Auch wenn sich die staatlichen Investitionen in den vergangenen Jahren positiv entwickelt haben, gilt es, die Struktur der öffentlichen Haushalte noch stärker auf Investitionen auszurichten. Die Bundesregierung wird deshalb den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben weiter erhöhen, ohne jedoch im Finanzplan den Pfad eines ausgeglichenen Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung zu verlassen.

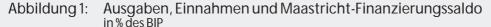
Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

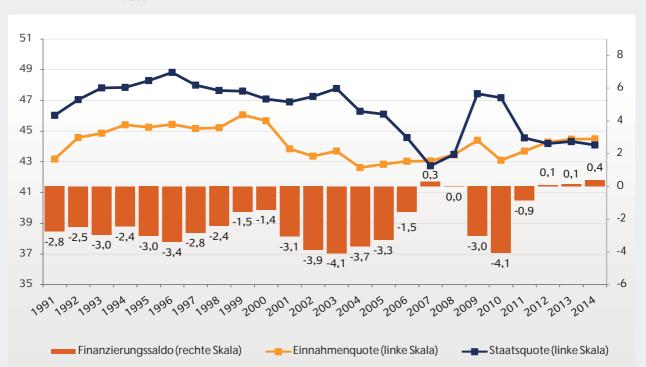
Mit wachstumsorientiertem Konsolidierungskurs zum Ziel

Deutschland setzt seinen erfolgreichen Konsolidierungskurs fort (vergleiche Abbildung 1). Dies begrüßt auch der SVR (vergleiche JG Teilziffer 45). Der Gesamtstaat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen einschließlich ihrer Extrahaushalte) erreichte 2014 zum dritten Mal in Folge einen leichten Überschuss (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2014 betrug 0,4 % des BIP; auch strukturell lag der Saldo im Überschuss.

Im laufenden Jahr wird der Staatshaushalt mindestens ausgeglichen sein und strukturell einen leichten Überschuss erzielen. Die auf europäischer Ebene bestehenden Defizit-Obergrenzen wurden und werden damit eingehalten.

Auch konnte die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote (Staatsverschuldung in Relation zum BIP) kontinuierlich von 79 % im Jahr 2012 auf voraussichtlich 74 % im Jahr 2014 zurückgeführt werden. Bis Ende 2017 strebt die Bundesregierung eine Absenkung auf unter 70 % des BIP an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Verstetigung der Konsolidierungserfolge erforderlich.





1995: Ohne die Vermögenstransfers infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbauunternehmen der DDR. Inklusive dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,3 % des BIP.
2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inklusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,0 % des BIP auf.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand: Januar 2015

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Föderale Finanzbeziehungen zukunftsfähig machen

Mit Ablauf des 31. Dezember 2019 treten die Regelungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich - das Maßstäbegesetz und das Finanzausgleichsgesetz – außer Kraft. Hiermit laufen auch die Regelungen zur Verteilung der Solidarpakt-II-Mittel aus. Deshalb ist es erforderlich, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen insgesamt neu zu ordnen. Bund und Länder werden gemeinsam Grundlagen für Vereinbarungen zu Fragen der föderalen Finanzbeziehungen erarbeiten. Ziel der Bundesregierung ist es, noch in dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis zu kommen, das den Interessen des Bundes und der Länder gerecht wird und den Föderalismus insgesamt stärkt.

Bei der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen sollen sowohl die vertikalen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern als auch die horizontalen Finanzbeziehungen unter den Ländern modernisiert werden. Gegenstand der zwischen Bund und Ländern geführten Gespräche sind neben der Reform des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne u. a. auch die Einnahmenund Aufgabenverteilung und die Eigenverantwortung der föderalen Ebenen, die Zukunft des Solidaritätszuschlags, eine Stärkung der Kompetenzen des Stabilitätsrats zur Überwachung der Haushalte von Bund und Ländern sowie der künftige Umgang mit Altschulden von Bund und Ländern.

Bund und Länder haben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich ihre nach dem Grundgesetz eröffneten Kooperationsmöglichkeiten erweitert. Neben der Förderung von projektgebundener und außeruniversitärer Forschung erhielt der Bund mit der Änderung des Grundgesetzes zum 1. Januar 2015 auch die Möglichkeit, Hochschulen langfristig direkt zu fördern.

Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode insgesamt 9 Mrd. € zusätzlich in Bildung und Forschung investieren. Davon sind 6 Mrd. € zur Entlastung von Ländern und Gemeinden vorgesehen, damit diese ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von frühkindlicher und schulischer Bildung sowie bei den Hochschulen besser bewältigen können. So werden die Länder u. a. um jährlich 1,17 Mrd. € entlastet, indem die Finanzierung der Geldleistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ab dem 1. Januar 2015 vollständig durch den Bund finanziert wird. Damit erhalten sie mehr Spielraum, um ihre Kernaufgaben in der Bildung, insbesondere im Hochschulbereich, wahrzunehmen. Mit dem Hochschulpakt finanziert der Bund gemeinsam mit den Ländern bis 2020 die Schaffung von 760 000 zusätzlichen Studienplätzen für Studienanfänger. Darüber hinaus stellt der Bund 3 Mrd. € für die Forschung zur Verfügung. Damit finanziert der Bund außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative weiter. Den Aufwuchs für die außeruniversitäre Forschung von 3 % finanziert der Bund alleine.

Weitere Maßnahmen enthält das am 31. Dezember 2014 in Kraft getretene Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. € jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Die im Juli 2014 mit einem breit angelegten Beteiligungsprozess begonnenen Arbeiten am Bundesteilhabegesetz werden 2015 fortgeführt. Darüber hinaus wird sich der Bund an den Kosten der Armutszuwanderung für die Kommunen beteiligen. Als Soforthilfe wurden 2014 rund 25 Mio. € bereitgestellt, mit denen sich der Bund zusätzlich an den Kosten der Unterkunft im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligte.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Darüber hinaus erklärt sich der Bund bereit, Länder und Kommunen im Jahr 2015 bei der Unterbringung von Flüchtlingen mit 500 Mio. € zu entlasten. Im Jahr 2016 wird der Bund einen weiteren Betrag in Höhe von 500 Mio. € zur Verfügung stellen, sofern diese Belastung der Länder und Kommunen im bisherigen Umfang fortbesteht. Mit diesen Maßnahmen leistet die Bundesregierung einen Beitrag zu Verbesserung der Investitionskraft von Ländern und insbesondere von Kommunen.

Als Ausgleich für den Wegfall der Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung durch die Föderalismusreform I unterstützt die Bundesregierung die Länder bis Ende 2019 mit Kompensationsmitteln in Höhe von jährlich 518 Mio. € in der Erwartung, dass die Länder diese Mittel auch weiter für die Förderung bezahlbaren Wohnraums einsetzen. Mit dem Bundeshaushalt 2014 stellte die Bundesregierung wieder Zuschüsse für den altersgerechten Umbau von Wohnraum in Höhe von insgesamt 54 Mio. € für die Jahre 2014 bis 2018 zur Verfügung. Diese ergänzen die Darlehensvariante der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und schaffen Investitionsanreize für eine alters- und behindertengerechte Wohnungsanpassung. Darüber hinaus werden bundeseigene Liegenschaften, die zuvor militärisch genutzt worden sind, für bezahlbares Wohnen vergünstigt an Kommunen abgegeben. Hierfür ist ein Gesamtvolumen von 100 Mio. €, begrenzt auf vier Jahre, vorgesehen. Die Bundesregierung erhöhte die Förderung des Städtebaus im Bundeshaushalt 2014 auf 700 Mio. €. Auch im Jahr 2015 werden wiederum 700 Mio. € an Bundesmitteln zur Verfügung stehen, davon 650 Mio. € als Bundesfinanzhilfe zur Städtebauförderung sowie 50 Mio. € zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus. Allein über das Programm Soziale Stadt werden in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 150 Mio. € zur Verfügung gestellt. Aus der Städtebauförderung werden auch kleine Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge

in ländlichen Räumen unterstützt. Dadurch steigen die Zukunftsinvestitionen in Städten und Gemeinden.

Steuerrecht kontinuierlich weiterentwickeln

Das deutsche Steuerrecht ist insgesamt zeitgemäß und wettbewerbsfähig. Seine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt sichert günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Diese können Unternehmen weiterhin für Innovationen und Investitionen nutzen.

Neue technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, ein verändertes globales Umfeld, die demografische Entwicklung der Gesellschaft und die verfügbare Personalausstattung in der Finanzverwaltung beeinflussen zunehmend das Besteuerungsverfahren. Die Bundesregierung sieht – gemeinsam mit den Ländern – die Notwendigkeit, Arbeitsabläufe in der Finanzverwaltung neu auszurichten und zu modernisieren. Von den Möglichkeiten eines zielgenaueren Ressourceneinsatzes sollen alle am Verfahren Beteiligten gleichermaßen profitieren. Zur Umsetzung des Gesamtpakets sind rechtliche, technische und organisatorische Anpassungen notwendig.

Im System des progressiv ausgestalteten Einkommensteuertarifs profitiert der Staat von Steuermehreinnahmen, die über den Effekt der kalten Progression entstehen. Die kalte Progression läuft dem steuerlichen Leistungsfähigkeitsprinzip entgegen. Von einem Abbau der kalten Progression würden zudem positive Effekte auf Konsum und Investitionen ausgehen. Daher will die Bundesregierung die finanziellen und politischen Voraussetzungen schaffen, um für diese Legislaturperiode die Bürger bei der kalten Progression zu entlasten. Auch der SVR befürwortet dies.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer darf – auch vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts – zukünftig die Unternehmensnachfolge nicht gefährden. Die Bundesregierung wird daher eine verfassungskonforme und zugleich mittelstandsfreundliche Ausgestaltung sicherstellen, um den reibungslosen Generationenwechsel in Unternehmen zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Grundsteuer soll unter Beibehaltung des Hebesatzrechtes für Kommunen zeitnah modernisiert werden. Ziel der Reform ist es, die Grundsteuer als verlässliche kommunale Einnahmequelle zu erhalten. Eine baldige Einigung und Initiative der Länder ist aus Sicht der Bundesregierung deshalb wünschenswert.

Der Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ist eine zentrale steuerpolitische Aufgabe der laufenden Legislaturperiode. Gemeinsam mit den Partnern der G20 setzt sich die Bundesregierung daher im Rahmen der OECD-Initiative "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) aktiv für die Entwicklung internationaler Standards ein. Im Fokus stehen dabei die bessere Abstimmung der nationalen Steuersysteme sowie ein umfassender Informationsaustausch zwischen den Steuerverwaltungen, um Steuerschlupflöcher zu schließen und schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten zu verhindern. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des SVR, wonach Handlungsbedarf primär international wie auf europäischer und supranationaler Ebene besteht (vergleiche JG Teilziffer 677). Lässt sich das angestrebte Ziel wider Erwarten nicht im Rahmen der BEPS-Initiative auf internationaler Ebene realisieren, wird die Bundesregierung zügig nationale Maßnahmen ergreifen. Dazu zählen u. a., dass der Betriebsausgabenabzug für Zahlungen an Briefkastenfirmen beschränkt und ein Register für alle wirtschaftlich Beteiligten an Trust-Konstruktionen geschaffen

werden soll. Auch will die Bundesregierung sicherstellen, dass der steuerliche Abzug von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzerträge im Empfängerland korrespondiert.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich eine strikte Anwendung der europäischen Beihilferegeln gegen die selektive Bevorzugung von einzelnen Unternehmen in der Anwendung des Steuerrechts. Darüber hinaus strebt sie eine Mindestharmonisierung der Unternehmensteuern in Europa an.

Die Bundesregierung treibt darüber hinaus die Entwicklung des globalen Standards zum automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten voran. Im Oktober 2014 unterzeichneten 51 Staaten ein verpflichtendes Abkommen hierzu. Der automatische Informationsaustausch beginnt 2017 und soll als internationaler Standard etabliert werden, um durch den Wegfall des Bankgeheimnisses Steuerflucht und Steuerhinterziehung einzudämmen. Innerhalb der Europäischen Union (EU) wird der neue Standard im Rahmen der im Dezember 2014 revidierten Amtshilferichtlinie umgesetzt.

Regionales Wachstum stärken – Förderung der neuen Länder in gesamtdeutsches System überführen

Die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, der Arbeitsmarktlage und der demografischen Entwicklung machen es erforderlich, strukturschwache Regionen auch nach 2019 unterstützend zu begleiten. Die Bundesregierung wird daher für die Zeit ab 2020 ein gesamtdeutsches Fördersystem entwickeln, das alle strukturschwachen Regionen in Deutschland umfasst und verschiedene Förderelemente in einem kohärenten System vereint. Dabei wird sie dafür Sorge tragen, dass insbesondere die Investitionskraft der Kommunen unterstützt wird. Die Diskussion über ein zukünftiges System ist eingebettet in die

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) soll als Ausgangspunkt für ein gesamtdeutsches Fördersystem dienen.

Die GRW ist das zentrale Instrument der nationalen regionalen Wirtschaftsförderung. Sie unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwachen Regionen, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Mit dem GRW-Koordinierungsrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 hat der Koordinierungsausschuss von Bund und Ländern auf Vorschlag der Bundesregierung einen neuen Verteilungsschlüssel für die Haushaltsmittel eingeführt. Seit 1. Juli 2014 werden die Mittel nicht mehr nach vorab festgelegten Ost-West-Quoten zugeteilt, sondern auf Basis eines für alle Regionen einheitlich angewandten Gesamtindikators für Strukturschwäche. Die Bundesregierung wird die Mittel der GRW wieder auf das Niveau von 2009 anheben.

Flankiert wird die GRW in den neuen Ländern von gesamtdeutschen Förderprogrammen und von speziellen, auf Ostdeutschland begrenzten Förderprogrammen. Dazu gehören Maßnahmen von "Unternehmen Region" bis zum Jahr 2020 oder das bis Ende 2015 verlängerte Programm INNO-KOM-Ost, mit dem die Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft gestärkt wird.

Es ist davon auszugehen, dass auch nach 2020 ein großer Teil der struktur- und finanzschwachen Regionen in den neuen Ländern liegen wird. Die neuen Länder einschließlich Berlin erreichten im Jahr 2013 im Durchschnitt 71% des westdeutschen BIP je Einwohner, die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 10,3% gegenüber 6,0% in Westdeutschland (vergleiche hierzu Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014). Damit verbleibt – trotz der guten Entwicklung seit der Wiedervereinigung – immer noch ein beträchtlicher Abstand zwischen Ost und West.

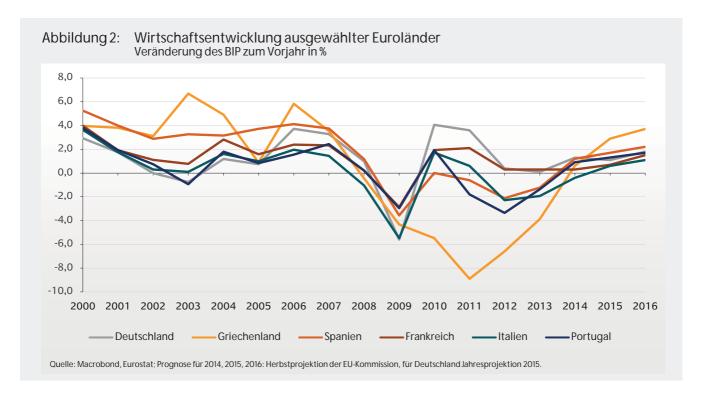
Daher ist weiterhin eine flankierende
Strukturpolitik erforderlich, um die
Wirtschaftskraft zu stärken, Investitionen
und Innovationen zu steigern sowie den
Internationalisierungsgrad der ostdeutschen
Wirtschaft zu erhöhen. Dem zukünftigen
Bedarf strukturschwacher Regionen in Ostund Westdeutschland nach Auslaufen des
Solidarpakts II wird die Bundesregierung
bei der Entwicklung eines Gesamtsystems
angemessen Rechnung tragen. Dabei wird auch
darüber beraten, ob und wie die bislang auf
Ostdeutschland fokussierten Förderprogramme
in das neue System überführt werden können.

3 Die Grundlagen für Wachstum in Europa stärken

Die wirtschaftliche Belebung im Euroraum ist verhalten und heterogen. Dennoch machten insbesondere Länder, die sich einem Programm unterzogen haben, im vergangenen Jahr bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Fortschritte, die sich auch in einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung niederschlagen. Sie verbesserten mit einer Vielzahl von Reformen ihre Wettbewerbsfähigkeit und verringerten ihre Haushaltsdefizite. Trotzdem stehen viele Mitgliedstaaten weiterhin vor großen Herausforderungen. Öffentliche Schuldenstandsquoten sind weiterhin hoch und sie steigen in vielen Ländern weiter an. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, ist nach wie vor hoch und das Wachstum noch gering.

Um das Wachstumspotenzial Europas nachhaltig zu verbessern, setzt die Bundesregierung auf einen Dreiklang aus beschleunigten Investitionen, ehrgeizigen Strukturreformen und wachstumsfreundlicher Konsolidierung. Dies erfordert zum einen nationale Anstrengungen der Mitgliedstaaten, zum anderen aber auch ein gemeinsames Voranschreiten auf europäischer Ebene.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015



Auf Ebene der Mitgliedstaaten muss der eingeschlagene Kurs fortgesetzt werden. Der gestärkte Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet einen geeigneten Rahmen, um die Haushalte auf eine nachhaltig solide Basis zu stellen, die Schuldentragfähigkeit in allen Euroländern sicherzustellen und gleichzeitig wachstumsfreundliche Prioritäten so zu setzen, dass sich Fiskaldisziplin und Stärkung des Wachstums gegenseitig unterstützen.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die wirtschaftspolitische Koordinierung weiterzuentwickeln, um insbesondere die Umsetzung von Strukturreformen weiter zu verankern. Sie begrüßt, dass die Kommission zudem die weitere Vertiefung des Binnenmarkts als einen Schwerpunkt ihrer Amtszeit gewählt hat und dabei besonderes Augenmerk auf den digitalen Binnenmarkt legt.

Investitionen für ein modernes Europa

Im Euroraum insgesamt sind die Investitionen seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise zurückgegangen. Die Europäische Kommission stellte Ende des vergangenen Jahres Vorschläge für ein Programm zur Stärkung der Investitionstätigkeit vor. Es beruht auf drei Komponenten:

- Einrichtung eines mit öffentlichen Mitteln garantierten neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), um in den kommenden drei Jahren (2015 bis 2017) zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Mrd. € zu mobilisieren;
- Schaffung einer Projektpipeline zur Ermittlung tragfähiger Projekte auf EU-Ebene und Bereitstellung der erforderlichen technischen Hilfe zur Unterstützung der Projektauswahl und -gestaltung;
- Fahrplan zur Beseitigung von Investitionshindernissen, insbesondere Abbau regulatorischer Hindernisse in Schlüsselsektoren.

Die Bundesregierung begrüßt die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission. Neben Investitionen in wichtigen Bereichen

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

wie Energie und digitaler Infrastruktur muss aus Sicht der Bundesregierung vor allem das Umfeld für private Investitionen - die den Hauptteil der Investitionstätigkeit ausmachen - in allen Mitgliedstaaten der EU dauerhaft verbessert werden. Dazu sollen in den Mitgliedstaaten Wachstums- und Investitionshemmnisse identifiziert und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Ergänzend dazu müssen Mittel aus dem neuen EFSI, dem EU-Haushalt sowie der Europäischen Investitionsbank bestmöglich eingesetzt werden, um kritischen Wachstumsund Investitionsengpässen entgegenzuwirken. Dazu gehört auch die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im energetischen und digitalen Strukturwandel.

Auch die EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) tragen maßgeblich dazu bei, Investitionen in der EU zu unterstützen (vergleiche JWB 2014 Teilziffer 108 ff.). Die Bundesregierung begrüßt, dass die aus den EU-Strukturfonds zu Verfügung stehenden Mittel in Höhe von mehr als 350 Mrd. € europaweit künftig noch stärker auf wachstums- und beschäftigungsrelevante Bereiche im Sinne der Europa 2020-Strategie konzentriert werden. Zudem unterstützt sie, dass die Kohäsionspolitik konsequent mit den Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung, wie den länderspezifischen Empfehlungen, verzahnt wird.

Strukturreformen für mehr Stabilität

Um nachhaltig Wachstumsperspektiven zu verbessern, sind für viele Mitgliedstaaten Strukturreformen weiterhin unerlässlich. Diese Ansicht teilt auch der SVR (vergleiche JG Teilziffer 291). Auch die Erfahrungen mit den Anpassungsprogrammen zeigen, dass die Zeit temporärer Finanzhilfe erfolgreich zur Umsetzung von wichtigen Strukturreformen genutzt wird. Mit Spanien, Irland und Portugal konnten drei Mitgliedstaaten ihre Anpassungsprogramme erfolgreich beenden. Die Wirtschaftspolitik der Programmländer wird auch nach Programmende im Rahmen

der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU sowie der Nach-Programmüberwachung begleitet.

Bei der Umsetzung von Strukturreformen muss auch berücksichtigt werden, wie sie sich sozial auswirken.

Die EU hat nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Reihe von Verfahren reformiert oder neu eingeführt, um die finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Koordinierung zu verbessern und zukünftige Krisen weitgehend zu vermeiden. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Verfahren konsequent angewendet werden. Für eine effektivere wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitische Koordinierung müssen sich die Mitgliedstaaten insbesondere auch die länderspezifischen Empfehlungen stärker zu Eigen machen. Die Bundesregierung drängt darauf, die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung weiter zu verbessern, die länderspezifischen Empfehlungen auf zentrale Problemfelder zu fokussieren und die horizontale Dimension bei der Diskussion der Reformvorschläge zwischen den Mitgliedstaaten und im Rat zu stärken, um Benchmarks und Best Practices zu identifizieren.

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten der EU kommt EU-weit koordinierten Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeschäftigung weiterhin eine hohe Bedeutung zu. Es geht zum einen um die hierfür notwendigen Strukturreformen und zum anderen um den effektiven Einsatz der verfügbaren nationalen und europäischen Mittel. Im vergangenen Jahr wurde insbesondere die zügige und koordinierte Umsetzung der Strukturreformen angegangen, die mit der EU-Jugendgarantie vereinbart wurden. Darüber hinaus wird das FURES-Netzwerk weiterentwickelt. Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit über eine größere Arbeitsmobilität abzubauen.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

Öffentliche Finanzen auf ein solides Fundament stellen

Europa hat bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Fortschritte gemacht. Das Defizit des Euroraums wurde in den vergangenen drei Jahren mehr als halbiert und liegt nun deutlich unter dem Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP. Dennoch befinden sich weiterhin acht Eurostaaten in einem Defizitverfahren. Viele Länder sind von ihrem mittelfristigen Haushaltsziel, das gemäß Fiskalvertrag bei einem strukturellen Defizit von höchstens 0,5 % des BIP liegen darf, weiterhin deutlich entfernt. Die Notwendigkeit für Konsolidierung besteht daher auch angesichts der hohen Staatsschuldenquoten unvermindert fort. Nicht zuletzt gilt, dass solide öffentliche Finanzen auch eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Investitionsklima sind. Konsolidierung kann und sollte dabei so gestaltet werden, dass sie möglichst wachstumsfreundlich erfolgt. Der Stabilitätsund Wachstumspakt bietet dafür einen geeigneten Rahmen.

Europa 2020 weiterführen

Mit der Strategie Europa 2020 haben die Mitgliedstaaten im Jahr 2010 eine gemeinsame Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum entwickelt. Diese wird derzeit von der Europäischen Kommission überprüft. Die Bundesregierung begrüßt dies und hält die Zielsetzungen der Strategie nach wie vor für richtig. Deshalb setzt sie sich dafür ein, dass die bisherigen Kernziele beibehalten werden und die Strategie insgesamt fokussiert bleibt. Gemäß den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sollte die EU zudem nur in ausgewählten Bereichen tätig werden. Sie sollte Zurückhaltung üben, wenn die Mitgliedstaaten die gleichen Ziele auf nationaler Ebene besser erreichen können.

EU-Beihilferecht sachgerecht umsetzen

Ein funktionierender und fairer Wettbewerb in Europa erfordert angemessene Beihilferegeln, die staatliche Eingriffe auf ein notwendiges Maß begrenzen. Die 2014 beschlossene Beihilfereform muss in den kommenden Jahren implementiert werden. Hier steht die Bundesregierung in einem ständigen konstruktiven Dialog mit der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten. Ziel ist eine sachgerechte Rechtsanwendung in der Praxis. Hierzu wird das deutsche Förderregime angepasst.

Die von der Europäischen Kommission in Aussicht gestellte Konzentration der Beihilfenkontrolle auf die großen. wesentlichen Fälle potenzieller Wettbewerbsverzerrung ist zu begrüßen. Dabei müssen auch künftig ausreichende Spielräume zur Förderung von wichtigen nationalen Zielen gesichert werden, beispielsweise im Rahmen der Regionalund Strukturpolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik, der KMU-Förderung oder der Energiepolitik. Die Bundesregierung setzt die neuen Transparenz- beziehungsweise Berichterstattungspflichten und Evaluierungsauflagen der Europäischen Kommission um. Hierbei gilt es, gemeinsam mit der Kommission praktikable und rechtssichere Wege zu finden, z.B. im Hinblick auf Datenschutz und Geschäftsgeheimnisse.

4 Vertrauen in die Finanzmärkte festigen

Stabile, funktionsfähige Finanzmärkte ermöglichen eine effiziente Finanzierung der Unternehmen und eine risikogerechte Rendite für Anleger. Die Bundesregierung, die EU und

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

die G20-Staaten haben daher seit Beginn der Finanzkrise eine Vielzahl von regulatorischen Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Finanzsystem stabiler zu machen, und der Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen wurde weiterentwickelt. Hiermit und mit der Bankenunion für den Euroraum wurde ein neuer europäischer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte geschaffen, der den Bankenmarkt krisenfester machen soll. Zugleich ist es Ziel der Bundesregierung, dass diese konsequente Bankenregulierung und Bankenaufsicht möglichst nicht zu Ausweichbewegungen in das sogenannte Schattenbankensystem - die Kreditintermediation unter Beteiligung von Akteuren und Aktivitäten außerhalb des klassischen Bankensektors - führt.

Finanzmarktregulierung schafft Vertrauen in Stabilität

Die Fortentwicklung des Binnenmarkts für Banken und die Bankenunion leisten wesentliche Beiträge dazu, die Stabilität des Bankensystems und damit der gesamten Währungsunion zu verbessern. Für die EU insgesamt wurden harmonisierte Regeln für die Abwicklung von Banken – bei vorrangiger Haftung der Eigentümer und Gläubiger und für eine Bankenabgabe verabschiedet. Auch die Regeln der nationalen Einlagensicherungssysteme wurden verbessert. Darüber hinaus wurde für den Euroraum ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus sowie ein gemeinsamer Mechanismus zur Abwicklung von Banken beschlossen. Der SVR bewertet insbesondere die Bankenunion als einen wichtigen Schritt hin zu einem stabilen europäischen Finanzsystem (vergleiche JG Teilziffer 318).

Die einheitliche Bankenaufsicht umfasst die gemeinsame Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der nationalen Aufsichtsbehörden über den Bankensektor im Euroraum. Sie soll sicherstellen, dass europäische Standards einheitlich umgesetzt und angewendet werden. Die EZB übernahm am 4. November 2014 die direkte Aufsicht über die 120 bedeutendsten Banken(gruppen) im Euroraum. Zuvor hatte sie diese zusammen mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde einer umfassenden Überprüfung (Bilanzprüfung und Stresstest) unterzogen und damit das Vertrauen in die Stabilität der europäischen Banken stärken können. Hierbei wurde bei 25 Banken(gruppen) eine Kapitallücke von insgesamt rund 25 Mrd. € aufgedeckt. Zwölf der betroffenen Banken(gruppen) konnten ihre Kapitallücke bereits vor der Veröffentlichung der Ergebnisse am 26. Oktober 2014 schließen. Bei den übrigen Instituten war noch ein Kapitalbedarf in Höhe von circa 9,5 Mrd. € zu verzeichnen. Ihnen bleibt zur Rekapitalisierung Zeit bis Ende April beziehungsweise Ende Juli 2015.

Die EU-Bankenabwicklungsrichtlinie schafft einheitliche Regeln für die geordnete Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen in allen Mitgliedstaaten der EU und wurde zum 1. Januar 2015 in Deutschland umgesetzt. Sie verstärkt insbesondere die Haftung des Privatsektors, indem vorrangig Anteilseigner und Gläubiger für Bankverluste aufkommen (sogenanntes Bail-in), und verpflichtet die Mitgliedstaaten, bankenfinanzierte Abwicklungsfonds einzurichten. Diese Prinzipien wurden in der Bankenunion auch im einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) übernommen. Ab 2016 werden in diesem Rahmen für die von der EZB beaufsichtigten Institute Abwicklungsentscheidungen von einem mit ständigen Experten und Vertretern nationaler Abwicklungsbehörden besetzten Ausschuss für die einheitliche Abwicklung getroffen. Zudem wurde ein gemeinsamer Abwicklungsfonds geschaffen, der vom Bankensektor finanziert wird. In diesen Fonds werden jährlich die national ab 2015 erhobenen Bankenabgaben überführt. Die nationalen Abteilungen des Fonds werden dabei in jährlich zunehmendem Umfang vergemeinschaftet.

Ein weiteres wichtiges Element der Fortentwicklung des Binnenmarkts für Banken ist die Reform der Einlagensicherungsrichtlinie,

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

mit der zum Schutz von Kundeneinlagen erstmalig gemeinsame europäische Vorgaben zur finanziellen Ausstattung der Einlagensicherungssysteme gelten. Sie wird bis zum 3. Juli 2015 in nationales Recht umgesetzt.

Neue, strengere europäische Eigenkapital- und Liquiditätsregeln des Basel-III-Abkommens sollen Banken bis 2019 schrittweise robuster gegen Finanzkrisen machen. In diesem Kontext wird die Verschuldungsobergrenze ("Leverage Ratio") bereits heute von den Aufsichtsbehörden beobachtet. Deren verbindliche Einführung wird geprüft; dabei soll der Risikogehalt der Geschäftsmodelle angemessen berücksichtigt werden. Die Bundesregierung wird die noch ausstehenden Konkretisierungen dieses neuen Regelwerks sowie dessen Umsetzung aufmerksam begleiten.

Mit Mitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) soll es gegen strikte Auflagen in Zukunft möglich sein, Finanzinstitute direkt zu rekapitalisieren. Voraussetzung ist u. a., dass eine Anwendung des bereits bestehenden vorrangigen Instruments eines Darlehens an den Mitgliedstaat für Zwecke der Bankenrekapitalisierung (sogenannte indirekte Bankenrekapitalisierung) nicht möglich ist. Die Anwendung ist nur nachrangig nach Haftung der Anteilseigner und Gläubiger der Bank, des Bankenabwicklungsfonds und des betreffenden Mitgliedstaats vorgesehen und damit streng begrenzt. Das Volumen ist auf 60 Mrd. € gedeckelt. Für etwaige Entscheidungen über die Gewährung von Finanzhilfen in Form einer direkten Bankenrekapitalisierung gilt in Deutschland ein Zustimmungsvorbehalt des Deutschen Bundestags.

Dienstleistungsfunktion des Finanzsektors stärken

Um ein transparenteres, robusteres und sichereres Finanzsystem zu schaffen und die Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten zu erhöhen, sind neben dem deutschen Trennbankengesetz auch auf europäischer Ebene weitere strukturelle Maßnahmen notwendig. Die Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, dass die Vorschläge der Liikanen-Kommission auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Die Europäische Kommission legte auf deren Basis einen Verordnungsentwurf zur Einschränkung riskanter Geschäfte und zur Abtrennung bestimmter Geschäftsbereiche vor. Ziel des Entwurfs ist es, Risiken aus rein spekulativen Tätigkeiten einzudämmen, um dadurch eine eventuell erforderliche Abwicklung einfacher und kostengünstiger zu gestalten. Aus Sicht der Bundesregierung darf das Reformvorhaben die Finanzierung der Realwirtschaft durch das bewährte Universalbankensystem aber nicht gefährden.

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer in der Verstärkten Zusammenarbeit mit einer breiten Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz ein. Am 6. Mai 2014 gaben die Minister von zehn Mitgliedstaaten, die an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligt sind – darunter auch der deutsche Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble –, eine gemeinsame politische Erklärung ab. Danach ist insbesondere eine stufenweise Einführung der Steuer vorgesehen, die in einer ersten Stufe Aktien und einige Derivate umfassen soll. Auf längere Sicht sollte eine solche Besteuerung möglichst viele Finanzinstrumente umfassen.

Mehr Transparenz durch gezielte Finanzmarktregulierung

Die verbesserte Überwachung und Regulierung der Banken allein ist nicht mehr ausreichend in einer Zeit, in der auch Kreditfinanzierungen außerhalb des klassischen Bankensektors (d. h. über das sogenannte Schattenbankensystem) immer wichtiger werden. Kapitalmarktbasierte Finanzierungen können der Realwirtschaft unter Umständen zielführende Alternativen zu Bankenfinanzierungen bieten. Allerdings müssen die auch aus diesen Finanzierungen resultierenden Risiken ebenfalls sorgfältig überwacht und durch geeignete Regulierung begrenzt werden. Die Bundesregierung setzte sich deshalb früh sowohl international als auch

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2015

in Europa für eine effektive Überwachung und Regulierung auch des weltweiten Schattenbankensystems ein. Auf deutsche Initiative hin werden die internationalen Arbeiten seit dem G20-Gipfel in Sankt Petersburg 2013 auf Basis verbindlicher Zeitpläne fortgeführt (G20 Roadmap Towards Strengthened Oversight and Regulation of Shadow Banking).

Die Bundesregierung möchte die Wertpapierund Derivatemärkte weiter stärken. Hiervon profitieren Unternehmen als Anbieter und Nachfrager von Finanzdienstleistungen ebenso wie Verbraucher als Anleger und Kunden. Die abgeschlossene Überarbeitung der europäischen Finanzmarktrichtlinie regelt das Wertpapiergeschäft von Finanzinstituten und das Geschehen auf den Finanzmärkten umfassend. Ab Januar 2017 werden z. B. auch bislang nicht regulierte organisierte Handelssysteme in die Regulierung einbezogen und der außerbörsliche Handel mit standardisierten Derivaten wird auf organisierte Handelsplattformen verlagert. Zudem sollen die Transparenzvorschriften im Aktienhandel auf Schuldverschreibungen und Derivate ausgeweitet, besondere organisatorische Anforderungen an den Hochfrequenzhandel eingeführt und der Anlegerschutz verbessert werden.

Zukunftsfeste Rahmenbedingungen für Versicherer schaffen

Auch im Bereich der Versicherungsunternehmen soll die Stabilität erhöht werden. Mit dem neuen Aufsichtsregime Solvabilität II, dessen Start europaweit für das Jahr 2016 geplant ist, wird das Versicherungsaufsichtsrecht in Europa grundlegend modernisiert und weiter vereinheitlicht. Um die Stabilität der Versicherungsunternehmen weiter zu verbessern und dadurch die vertraglichen Ansprüche der Versicherten umfassender zu schützen, müssen Versicherungsunternehmen zukünftig alle Risiken berücksichtigen und mit Kapital unterlegen. Zudem wird es erhöhte Anforderungen an die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement für Versicherer

geben. Die Berichterstattung an die Aufsicht und gegenüber der Öffentlichkeit wird vereinheitlicht.

Das andauernde Niedrigzinsumfeld stellt insbesondere Lebensversicherungen vor große Herausforderungen. Damit Versicherungsnehmer auch in Zukunft die ihnen zugesagten Leistungen erhalten, setzte die Bundesregierung mit dem am 7. August 2014 in Kraft getretenen Lebensversicherungsreformgesetz ein Bündel von Maßnahmen um, sodass alle am Versicherungsgeschäft Beteiligten einen angemessenen Beitrag leisten.

Verbraucherschutz auf Finanzmärkten weiter stärken

Ein wirksamer Verbraucherschutz stärkt das Vertrauen der Bürger in den Finanzmarkt. Die im September 2014 in Kraft getretene Zahlungskontenrichtlinie soll Verbrauchern die Auswahl des für sie am besten geeigneten Zahlungskontos innerhalb der EU erleichtern. Zudem gewährt sie erstmals ein subjektives Recht auf ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge 2015 werden die Entgelte für Zahlungen mit Kredit- und EC-Karten in Europa begrenzt. Die Bundesregierung plant, den Verbraucherschutz in Bezug auf Zinsen bei Inanspruchnahme eines Dispokredits durch mehr Transparenz und Beratung zu verbessern.

In jüngster Zeit haben Anleger durch Produkte, die nur einer eingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterlagen, erhebliche Vermögenseinbußen erlitten. Mit dem Kleinanlegerschutzgesetz will die Bundesregierung Regelungslücken schließen und die Transparenz von Vermögensanlagen weiter erhöhen, sodass Anleger künftig vollständige und aktuelle Informationen über ihre Investition erhalten und die Seriosität und Erfolgsaussichten von Anlagen besser einschätzen können.

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

Teil 6 einer Artikelserie zur aktuellen Lage im Euroraum

- In Zypern bauten sich während eines Wirtschaftsbooms makroökonomische Ungleichgewichte auf. Der Banksektor wuchs durch ausländische Einlagen zu stark und vergab zu viele Kredite an den hoch verschuldeten zyprischen Privatsektor. Die so unterstützte Binnennachfrage vergrößerte das Leistungsbilanzdefizit. Schließlich beendete die globale Wirtschafts- und Finanzkrise den Kreditboom und führte zu hohen Verlusten bei den Banken.
- 2013 vereinbarte Zypern deshalb ein umfassendes Anpassungsprogramm mit seinen europäischen Partnern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die drei Ziele sind die Stabilisierung und Verkleinerung des Bankensektors, die Sanierung der Staatsfinanzen und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums durch Strukturreformen.
- Zwei Jahre nach Programmbeginn bestätigen Erfolge den gewählten Weg. Der Bankensektor ist kleiner und stabiler, wird aber noch durch notleidende Kredite belastet. Das Haushaltsdefizit konnte relativ schnell reduziert werden. Die Wirtschaftsentwicklung ist an einem Wendepunkt: Ab diesem Jahr rechnet die EU-Kommission wieder mit Wachstum. Um den Aufschwung zu stärken, müssen wichtige Strukturreformen fortgesetzt werden.

I	Einieitung – Boomjanre vor der Krise	34
2	Krise – Programmbeginn	36
	Restrukturierung des Finanzsektors	
	Haushaltskonsolidierung	
	Strukturreformen	
6	Fazit – Verbleibende Herausforderungen	41

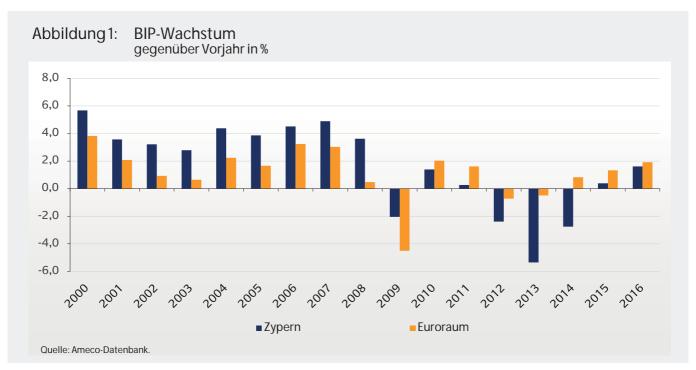
1 Einleitung – Boomjahre vor der Krise

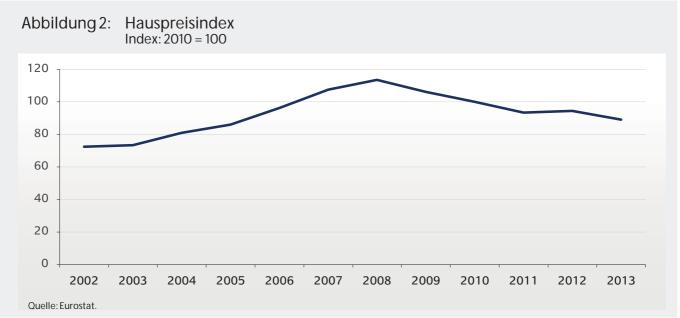
Die Republik Zypern erlebte in der Dekade vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise einen wirtschaftlichen Boom. Die relativ kleine Volkswirtschaft mit weniger als 1 Million Einwohnern verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich rund 4 % des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr (vergleiche Abbildung 1) – rund doppelt so viel wie der Durchschnitt im Euroraum. Hauptwachstumstreiber war die Binnennachfrage. Insbesondere wuchsen der private Konsum und private Investitionen in Immobilien – Letzteres auch durch Nachfrage aus dem Ausland, was auch die Immobilienpreise stark

ansteigen ließ (vergleiche Abbildung 2). Der Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 und zum Euro im Jahr 2008 hat dabei vertrauensunterstützend gewirkt. Auf dem Arbeitsmarkt herrschte mit Arbeitslosenquoten unter 5 % quasi Vollbeschäftigung. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften wurde durch einen starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte gedeckt.

Allerdings haben sich während der Boomjahre auch deutliche makroökonomische Ungleichgewichte aufgebaut. Insbesondere ist der Bankensektor übermäßig angewachsen. Im Jahr 2009 betrug die Bilanzsumme der Banken rund 750 % des BIP und damit mehr als doppelt so viel wie der Durchschnitt

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern





im Euroraum (vergleiche Abbildung 3). Getrieben wurde die Entwicklung durch den Zustrom ausländischer Einlagen. Der starke Anstieg der ausländischen Einlagen trug zur expansiven Kreditvergabe der Banken bei, was in einer sehr hohen Verschuldung des inländischen Privatsektors in Zypern resultierte. Im Jahr 2012 betrug die Privatsektor-Verschuldung in Zypern rund 300 % des BIP (in Deutschland 107 %, in Frankreich 141%). Auch die Leistungsbilanz zeigt die Bedeutung des Zustroms ausländischen Kapitals für den Boom. Das Leistungsbilanzdefizit wurde zunehmend größer und betrug in den Jahren 2007 bis 2009 jeweils mehr als 10% des BIP (vergleiche Abbildung 4). Hauptgrund für die verschlechterte Leistungsbilanz war ein Anstieg des traditionell vorhandenen Handelsdefizits: Als kleine Inselökonomie importiert Zypern

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern





deutlich mehr Güter als es exportiert. Zudem führte die schwindende preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu einem Rückgang des Überschusses der Dienstleistungsbilanz im Tourismus und bei unternehmensnahen Dienstleistungen.

2 Krise – Programmbeginn

Im Jahr 2009 kam es im Zuge der globalen Wirtschaftskrise auch in Zypern zu einer Rezession. Die Wirtschaft schrumpfte, wenn

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

auch der Rückgang des BIP um 2 % vorerst geringer war als im übrigen Euroraum. Dadurch endete allerdings der kreditgetriebene Aufschwung, was auch mit sinkenden Immobilienpreisen einherging.

Besonders negative Auswirkungen hatte die Krise auf den inzwischen sehr großen zyprischen Bankensektor. Steigende Kreditausfälle bei Immobilienkrediten und sonstigen mit Immobilien besicherten Krediten im Inland führten zu erheblichen Verlusten. Zudem hatten sich die zyprischen Banken stark in Griechenland engagiert. Sowohl die Kreditvergabe dort als auch die Anlage in griechische Staatsanleihen erwies sich im Nachhinein als sehr verlustreich.

Der zyprische Staat reagierte auf den Ausbruch der Krise zunächst mit einem Konjunkturprogramm. Die Ausgaben dafür sowie rezessionsbedingte Steuermindereinnahmen führten schnell zu einer massiven Verschlechterung der Haushaltssituation. Wies Zyperns Staatshaushalt zum Ende des Booms im Jahr 2008 sogar einen Überschuss aus, so betrug das Defizit im Jahr 2009 über 5 % des BIP. Auch in den Folgejahren blieb das Haushaltsdefizit ähnlich hoch und ließ die Staatsverschuldung schnell ansteigen. Dazu kam, dass der zyprische Staat im Jahr 2012 eine der großen Banken, die Laiki Popular Bank, mit 1,8 Mrd. € rekapitalisieren musste, nachdem sich nicht ausreichend private Kapitalgeber hatten finden lassen. Dies allein erhöhte die Staatsschuldenguote um 9 Prozentpunkte des BIP.

Am internationalen Kapitalmarkt wurde der zyprische Staat in dieser Zeit als zunehmend riskanter Schuldner angesehen, was sich in steigenden Renditen für zyprische Staatsanleihen manifestierte. Im Laufe des Jahres 2011 waren die Renditen so stark angestiegen, dass Zypern praktisch den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt verloren hatte. Danach konnte es sein Defizit nur noch vorübergehend durch kurzfristige interne Kredite sowie bilaterale Kredite decken.

Schließlich vereinbarte Zypern zu Beginn des Jahres 2013, auch vor dem Hintergrund einer weiteren Verschlechterung der Situation seines Bankensektors, ein makroökonomisches Anpassungsprogramm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem IWF. Das Programm hat drei Ziele. Erstens soll es die Stabilität des Finanzsektors wieder herstellen, zweitens soll die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt werden und drittens sollen Strukturreformen ein nachhaltig ausgeglichenes Wirtschaftswachstum unterstützen. Im Rahmen des Programms wurden Zypern Kredite im Umfang von 10 Mrd. € für den dreijährigen Zeitraum vom 2. Quartal 2013 bis zum 1. Quartal 2016 zugesagt, sofern es die Programmauflagen umsetzt. Davon stellt der ESM 9 Mrd. € bereit und der IWF 1 Mrd. €.

3 Restrukturierung des Finanzsektors

Vordringliches Ziel Zyperns war die Stabilisierung des von hohen Verlusten geschwächten Bankensektors, um das Vertrauen der Einleger wiederzugewinnen. Dafür wurde im Anpassungsprogramm eine tiefgreifende Restrukturierung und Verkleinerung des Bankensektors vereinbart. Auf Basis der von Zypern bereits ergriffenen Maßnahmen sollen die Banken rekapitalisiert werden. Auch eine Verbesserung der Bankenaufsicht wurde vereinbart.

Bei den beiden zu Beginn des Jahre 2013 größten Banken, der Bank of Cyprus und der Laiki Popular Bank, war eine Rekapitalisierung aus staatlichen Mitteln Zyperns angesichts der Höhe der aufgelaufenen Verluste nicht möglich. Sie hätte die Schuldentragfähigkeit Zyperns überfordert. Die Verluste mussten vorrangig die Eigentümer und Anleihegläubiger dieser Banken tragen. Zudem war eine Beteiligung der Einleger unumgänglich, deren Einlagen nicht abgesichert waren. Die Bank of Cyprus wurde rekapitalisiert, indem 47,5 % der nicht der

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

Einlagensicherung unterliegenden Einlagen in Aktien umgewandelt wurden. Zuvor wurden die Anteile der Alteigentümer und Anleihegläubiger abgeschrieben. Basis für die Rekapitalisierung war eine Bilanzüberprüfung durch die Firma Pacific Investment Management Company, LLC (PIMCO). Im Sommer 2014 konnte dann die Bank of Cyprus eine reguläre Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien durchführen. Die Laiki Popular Bank hingegen war nicht überlebensfähig. Sie wurde daher geschlossen und wird abgewickelt. Die von der Einlagensicherung abgesicherten Guthaben sowie das Kreditportfolio wurden an die Bank of Cyprus überführt.

Bei zwei weiteren Banken wurden ebenfalls Kapitallücken festgestellt. Die Hellenic Bank konnte sich durch private Mittel rekapitalisieren. Die Genossenschaftszentralbank wurde staatlich rekapitalisiert unter Beteiligung der Alteigentümer. Die Rekapitalisierung wurde von der EU-Kommission nach Wettbewerbsrecht unter Auflagen (Fusion lokaler Genossenschaftsbanken, zentralisiertes Risikomanagement) genehmigt.

Um die zyprischen Banken unmittelbar zu verkleinern und Risiken zu minimieren, wurden ihre Filialen in Griechenland verkauft. Als Vorsichtsmaßnahme hat Zypern zu Beginn der Bankenrestrukturierung vorübergehende Kapitalverkehrskontrollen (Beschränkungen bei Überweisungen und Abhebungen) eingeführt. Sie werden schrittweise in Abhängigkeit von Fortschritten bei der Umsetzung des Anpassungsprogramms und der Rückgewinnung des Vertrauens in das zyprische Banksystem wieder aufgehoben. Die letzten Beschränkungen innerhalb des Landes wurden Ende Mai 2014 außer Kraft gesetzt. Die Beschränkungen für grenzüberschreitende Transaktionen sind noch nicht vollständig aufgehoben.

Zypern hat seine Bankaufsicht reformiert, um die Banken in Zukunft besser kontrollieren zu können. Die zuvor separate Aufsicht der Genossenschaftsbanken wurde zunächst in die reguläre Bankenaufsicht der zyprischen Zentralbank integriert. Berichtspflichten der Banken und Liquiditätsanforderungen wurden verschärft. Anfang November 2014 hat dann die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des neuen einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus die direkte Aufsicht über die vier größten Banken Zyperns übernommen. Es handelt sich um die Bank of Cyprus, die Genossenschaftszentralbank, die Hellenic Bank und die RCB Bank; ihre Bilanzsumme übersteigt jeweils 20 % des zyprischen BIP. Zuvor hat die EZB diese vier Banken ihrer europaweit durchgeführten umfassenden Bewertung und Überprüfung ihrer Aktiva-Qualität (Asset Quality Review, AQR) und einem Stresstest unterzogen. Nach Berücksichtigung der nach dem Bilanzstichtag durchgeführten Kapitalerhöhungen bei der Bank of Cyprus und der Genossenschaftszentralbank wurde nur bei der Hellenic Bank eine Kapitallücke festgestellt, die sie inzwischen aus privaten Mitteln geschlossen hat.

Aktuelles Hauptproblem im Bankensektor ist der sehr stark gestiegene Anteil notleidender Kredite. Ende November 2014 waren nach Statistiken der zyprischen Zentralbank 51,7 % des Kreditvolumens von Unregelmäßigkeiten bei Zins- oder Tilgungszahlungen betroffen. Auch wenn ein Zahlungsverzug der Kreditnehmer noch keinen Totalverlust für die Bank bedeutet, da die Kreditnehmer ihre regelmäßigen Zahlungen wieder aufnehmen könnten oder die Bank die Kreditsicherheiten gegebenenfalls verwerten kann, stellen die notleidenden Kredite doch ein erhebliches Risiko für die Banken dar. Für die Banken kommen Ineffizienzen im zyprischen Rechtssystem bei der Verwertung von Kreditsicherheiten erschwerend hinzu. Daher haben die Programmpartner mit Zypern eine Reform des Zwangsvollstreckungs- und des Insolvenzrechts vereinbart. Diese verzögert sich jedoch, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, wann sie wirksam wird. Weitere Verzögerungen können über den Bankensektor hinaus auch

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

die Realwirtschaft negativ beeinflussen, da schwache Banken in ihrer Kreditvergabefähigkeit an die Realwirtschaft eingeschränkt sind.

4 Haushaltskonsolidierung

Ein wesentliches Ziel des Anpassungsprogramms für Zypern ist die Konsolidierung des Staatshaushalts, um die nachhaltige Tragfähigkeit der Staatsschulden zu sichern. Es wurde vereinbart, dass Zypern sein Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2016 unter den Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP absenkt. Zudem soll Zypern, um die angewachsene Staatsverschuldung wieder abzubauen, bis zum Jahr 2018 einen Primärüberschuss (Haushaltssaldo ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben) von 4 % des BIP erzielen und danach beibehalten.

Zur Haushaltskonsolidierung hat Zypern eine Vielzahl von Maßnahmen zur Ausgabensenkung und zur Einnahmenerhöhung ergriffen, wobei die Maßnahmen auf der Ausgabenseite überwiegen.

Die Maßnahmen zur Ausgabensenkung betrafen insbesondere den öffentlichen Dienst, die Sozialausgaben und eine Rentenreform. Die im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Ausgaben für den öffentlichen Dienst wurden durch nach Einkommen gestaffelte Lohnkürzungen sowie Personalabbau verringert. Die Sozialausgaben wurden stärker auf tatsächlich Bedürftige konzentriert. Eine Rentenreform verbessert zudem die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Zur Einnahmenerhöhung hob Zypern eine Vielzahl von Steuern und Abgaben an: Die Verbrauchsteuern auf Alkohol, Tabak und

Mineralöl sowie Immobiliensteuern und die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen wurden erhöht. Der reguläre Satz der Mehrwertsteuer wurde schrittweise um 2 Prozentpunkte auf 19 % gesteigert. Zudem wurden die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne um 2,5 Prozentpunkte auf 12,5 % erhöht. Auch die Zinsabschlagsteuer und die von Banken erhobene Abgabe auf Einlagen wurden angehoben.

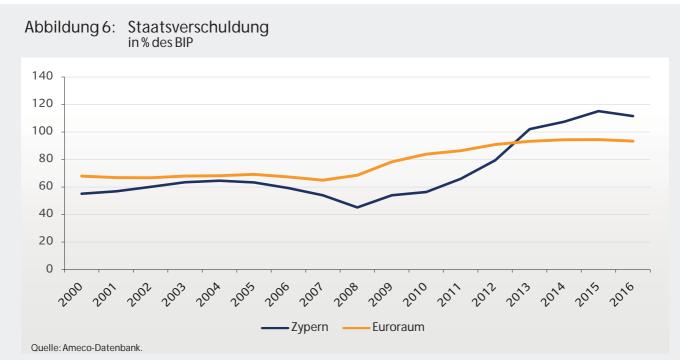
Im Ergebnis hat Zypern sein Haushaltsdefizit zwischen 2012 und 2014 von 5,8 % auf 3,0 % des BIP zurückgeführt (vergleiche Abbildung 5). Dies ist eine erhebliche Reduktion vor dem Hintergrund der schweren Rezession in diesem Zeitraum mit BIP-Rückgängen um 5,4 % und 2,8 % in den Jahren 2013 und 2014 und entsprechenden negativen Effekten auf die Steuereinnahmen sowie ausgabeerhöhenden Effekten bei Arbeitslosengeld und anderen Sozialleistungen. Allein die laufenden Ausgaben wurden innerhalb dieser zwei Jahre um 9,5 % gesenkt.

Beim Blick auf die Staatsverschuldung wird deutlich, dass Zypern den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen muss. Sank die Staatsschuldenquote im Boom vor der Krise bis auf rund 45 % des BIP im Jahr 2008 (vergleiche Abbildung 6), so stieg sie seitdem stark auf 107 % des BIP im Jahr 2014 an. Für das Jahr 2015 erwartet die EU-Kommission eine Schuldenquote von 115 %. Erst für die Zeit danach geht sie von sinkenden Schuldenquoten aus.

Um die mittelfristige Haushaltsplanung verlässlicher zu machen, hat Zypern sich ein Haushaltsrahmengesetz mit Vorgaben zur mittelfristigen Haushaltsplanung gegeben. Zudem wurde ein unabhängiger Fiskalrat mit eigenem Personal geschaffen, der die Haushaltspolitik objektiv bewerten soll.

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern





5 Strukturreformen

Mit dem Ziel, das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu stärken und die Beschäftigung zu erhöhen, führt Zypern eine Vielzahl von Strukturreformen durch. Diese helfen auch, die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Drei umfassende Reformen betreffen die Bereiche Steuerverwaltung, Rente und Sozialhilfe.

Steuerverwaltung

Mit dem Ziel einer effizienteren Steuererhebung hat Zypern die zuvor

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

getrennte Verwaltung der Mehrwertsteuer und der übrigen Steuern in einer Behörde gebündelt. Diese wird von einem Steuerkommissar mit fünfjähriger Amtszeit (einmalig verlängerbar) geleitet. Mit der Zusammenführung der Verwaltungen konnten auch alle Informationen über Steuerpflichtige zusammengeführt werden, was die Steuereintreibung vereinfacht.

Zypern plant eine Reform der Grundsteuer, die die Aktualisierung der Bemessungsgrundlage umfasst. Bisher basiert die Steuerlast auf den Immobilienwerten von 1980. Inzwischen wurden von den Behörden die Immobilienwerte für 2013 erhoben, auf denen die Steuer in Zukunft basieren soll.

Renten

Zypern hat eine Rentenreform durchgeführt, um die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems zu stärken. Für vorzeitige Renteneintritte wurde ein Rentenabschlag von 0,5 % pro Monat eingeführt. Das Mindestalter für eine abschlagsfreie Rente wird schrittweise erhöht, bis es dem gesetzlichen Renteneintrittsalter entspricht. Die Mindestbeschäftigungsdauer für einen Rentenbezug wird schrittweise von 10 Jahre auf 15 Jahre erhöht. Schließlich wurde eine automatische Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters entsprechend dem Anstieg der Lebenserwartung ab dem Jahr 2018 beschlossen.

Sozialhilfe

Zypern hat im Jahr 2014 auch vor dem Hintergrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit eine einheitliche bedürftigkeitsabhängige Grundsicherung eingeführt. Die finanziellen Leistungen werden durch verbesserte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Bewerbungstrainings oder Fortbildungen ergänzt, die die Empfänger bei der Arbeitsaufnahme unterstützen sollen. Die Teilnahme an solchen Maßnahmen ist obligatorisch. Die Reform dient auch der Verwaltungsvereinfachung und

Effizienzsteigerung. Eine Vielzahl bisheriger Sozialleistungen, die oft wenig zielgenau waren, sich teils überlappten und zudem von verschiedenen Ministerien verwaltet wurden, wurde durch eine einheitliche Leistung ersetzt, die durch das Arbeits- und Sozialministerium verwaltet wird.

Verbesserung des Standorts

Die Attraktivität des Standorts hängt an einer Vielzahl von Faktoren. Entsprechend sind verbessernde Reformen oft kleinteilig und wirken vor allem im Zusammenspiel. Auf Basis der EU-Dienstleistungsrichtlinie werden regulierte Berufe liberalisiert. Die Wettbewerbsbehörden werden gestärkt. Im Grundbuch und Katasterwesen sind effizienzsteigernde Reformen in der Umsetzungsphase. Zypern plant ein umfangreiches Privatisierungsprogramm, das hauptsächlich die zyprische Telekom, den staatlichen Stromversorger sowie die Hafenverwaltung betrifft.

6 Fazit – Verbleibende Herausforderungen

Inzwischen sind fast zwei Jahre des auf drei Jahre angelegten Anpassungsprogramms vergangen. Das bietet Gelegenheit für ein Zwischenfazit.

Bei der Stabilisierung des Finanzsektors hat Zypern schnell entschlossene Maßnahmen getroffen. Die Banken wurden rekapitalisiert, eine Bank wurde geschlossen. Der Bankensektor ist jetzt kleiner, und die vier wichtigsten zyprischen Banken stehen inzwischen unter direkter Aufsicht der EZB. Drängendstes Problem derzeit ist der sehr hohe Anteil notleidender Kredite. Daher ist ein schneller Abschluss der Reform von Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht nötig. Bei weiteren Fortschritten im Bereich der Finanzmarktstabilisierung kann Zypern später die noch verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen aufheben.

Zum Stand des Reformprozesses in Zypern

Bei der Haushaltskonsolidierung gelang Zypern eine zügige Rückführung des Haushaltsdefizits auf den Referenzwert von Maastricht von 3 % des BIP im vergangenen Jahr. Dies geschah schneller als erwartet. Die Rückführung des hohen Schuldenstands erfordert für längere Zeit einen hohen Primärüberschuss. Dafür sind noch weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.

Im Bereich Strukturreformen zeigt sich ein gemischteres Bild. Einige Reformen wurden schnell umgesetzt, wie beispielsweise die Renten- oder die Sozialhilfereform. Bei anderen Reformen ist es noch zu früh für eine Einschätzung. So finden im Bereich Privatisierung Vorbereitungsmaßnahmen statt, aber es gab noch keine größeren Privatisierungsmaßnahmen. Verzögerungen und Widerstände gibt es vor allem bei Reformen im Bereich des Immobiliensektors, wie bei der Reform der Zwangsvollstreckungen und der Grundsteuerreform.

Bei der Wirtschaftsentwicklung steht Zypern an einem Wendepunkt. Der mehrjährige drastische Wirtschaftsabschwung ist zu Ende. In diesem Jahr erwartet die EU-Kommission erstmalig wieder einen, wenn auch noch kleinen, Zuwachs des BIP. Allerdings lag

das reale BIP im Jahr 2014 rund 10 % unter seinem Höchststand im Jahr 2008. Es wird einige Zeit dauern, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird. Die Arbeitslosenquote sinkt bereits langsam, ist aber mit 16,4 % noch sehr hoch. Bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bestehen Chancen und Risiken, wobei die konjunkturbedingten Ausschläge stärker sind als in größeren Volkswirtschaften. Positiv für die stark dienstleistungsorientierte Volkswirtschaft sind in jedem Fall das gute Qualifikationsniveau der Bevölkerung sowie weitverbreitete Englischkenntnisse. Die Programmpartner rechnen bei Umsetzung der vereinbarten Strukturreformen mit Wachstumsraten von 1,6 % im Jahr 2016. Dabei ist das Aufkommen von Reformmüdigkeit ein gewisses internes Risiko. Ein externes Risiko geht von der Entwicklung in Russland aus, dem nach Großbritannien zweitwichtigsten Markt für die Dienstleistungsexporte Zyperns.

Insgesamt hat Zypern bisher gute
Fortschritte bei der Umsetzung seines
Reformprogramms gemacht. Wenn es
den Reformweg im verbleibenden Jahr des
Anpassungsprogramms und darüber hinaus
konsequent weitergeht, bestehen gute
Aussichten für die Rückkehr zu nachhaltigem
Wachstum und gesunden Staatsfinanzen.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Statistische Bundesamt revidierte das vorläufige Jahresergebnis für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,5 % auf 1,6 %. Maßgeblich hierfür war der kräftige Anstieg des BIP im 4. Quartal 2014. Die Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich von der Inlandsnachfrage. Hierzu trug ein Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Investitionen bei.
- Die Beschäftigungsexpansion setzte sich im Schlussquartal fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich auch zu Beginn des neuen Jahres merklich.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität wurde – gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts – im 4. Quartal 2014 deutlich ausgeweitet (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 0,7 % gegenüber dem Vorquartal). Damit revidierte das Statistische Bundesamt auch das erste vorläufige Jahresergebnis vom 15. Januar 2015 in Höhe von real 1,5 % nach oben. Jahresdurchschnittlich stieg das BIP somit im vergangenen Jahr in preisbereinigter Rechnung um 1,6 % an.

Im 4. Quartal kamen positive
Wachstumsimpulse hauptsächlich von der
Inlandsnachfrage. Dabei stiegen insbesondere
die preisbereinigten privaten Konsumausgaben
erneut merklich an. Darüber hinaus erholten
sich die Investitionen, die im 2. und 3. Quartal
rückläufig gewesen waren. Die Nettoexporte
trugen offenbar kaum zum Anstieg des BIP bei.
So gab das Statistische Bundesamt an, dass zwar
die preisbereinigten Exporte in Waren und
Dienstleistungen kräftig zulegten, sich aber die
Importe in ähnlicher Größenordnung erhöhten.

Den Konjunkturindikatoren zufolge dürfte sich die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Verlaufe dieses Jahres fortsetzen. Darauf deuten die Stimmungsverbesserungen der Unternehmen und der Konsumenten sowie die Ausweitung der Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland hin. Zudem sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

für die Unternehmen weiterhin günstig (niedrige Zinsen, gute Gewinnsituation). Stützend dürften ebenfalls die rückläufigen Rohölpreise wirken, die zum einen eine direkte Kostensenkung für die Unternehmen darstellen und die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen erhöhen. Dies fördert Konsum und Investitionen. Darüber hinaus begünstigt die Euroabwertung die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen. Aber auch die Inlandsnachfrage könnte hierdurch steigen, wenn die privaten Haushalte aufgrund der Verteuerung importierter Waren und Dienstleistungen ihren Konsum auf inländische Erzeugnisse verlagern.

Die rückläufigen Ölpreise und die Euroabwertung trugen 2014 zu einer Erhöhung des Handelsbilanzüberschusses um 22 Mrd. € bei. Die Zunahme des Handelsbilanzüberschusses war im vergangenen Jahr ein entscheidender Grund dafür, dass der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP nach 6,7 % im Jahr zuvor bei 7,4 % lag. Im Warenhandel erzielten die nominalen Exporte im Jahr 2014 mit einem Anstieg um 3,7 % einen Wert von 1133,6 Mrd. €. Die nominalen Warenimporte nahmen weniger dynamisch zu (+ 2,0 %). Es wurden Waren im Wert von 916,5 Mrd. € eingeführt. Nach Regionen liegen hierfür nach dem Ursprungslandprinzip bisher nur Daten bis November vor. Die Warenexporte und -importe wurden im Zeitraum Januar bis November gegenüber dem entsprechenden

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Vorjahreszeitraum am kräftigsten gegenüber dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) ausgeweitet. Aber auch der Außenhandel mit den Ländern des Euroraums hat sich in dem Zeitraum erholt. Gegenüber den Drittländern stellte sich die Entwicklung der Ein- und Ausfuhren etwas günstiger dar als im Jahr 2013. Die Einfuhren waren jedoch weiterhin leicht rückläufig. Im 4. Quartal stiegen die nominalen Warenausfuhren saisonbereinigt um 1,4 % gegenüber dem Vorquartal an. Die nominalen Warenimporte legten dagegen nur leicht zu.

Das weltwirtschaftliche Wachstum wird sich im Jahr 2015 mit einer geringfügig höheren Dynamik entwickeln als im Jahr 2014. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für das Jahr 2015 einen globalen BIP-Anstieg in Höhe von 3,8 %. Die EU-Kommission hat in ihrer aktuellen Prognose für den Euroraum ihre Erwartungen leicht nach oben revidiert und geht von einem Wachstum in Höhe von 1,3 % aus. Es bestehen aber weiterhin auch deutliche Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte zählt zu den Hauptrisikofaktoren. Darüber hinaus ist es für die deutschen Unternehmen entscheidend, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Euroraum wieder an Kraft gewinnt. Die deutschen Unternehmen erwarten eine Verbesserung der Exportgeschäfte. So hellten sich laut ifo Institut die Exporterwartungen der Unternehmen, u. a. durch die Abwertung des Euros, auf. Die befragten Unternehmen der DIHK-Konjunkturumfrage sahen die Exportaussichten ebenfalls positiver als in ihrer Herbstumfrage. Der Ölpreisrückgang und die Euroabwertung begünstigen die Ausfuhren, sodass die Erwartungen stiegen. Darüber hinaus entwickelten sich die Auftragseingänge aus dem Ausland und insbesondere aus dem Euroraum im 4. Quartal dynamisch. Insgesamt dürfte sich damit der Warenexport in den kommenden Monaten weiter moderat ausweiten.

Die Industriedaten haben bereits auf einen deutlichen BIP-Anstieg im Schlussquartal 2014 hingedeutet. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zeigt seit September 2014 eine Aufwärtstendenz. Im Schlussquartal erholte sie sich damit merklich, nachdem die Industrieproduktion in den zwei Quartalen zuvor rückläufig gewesen war. Im 4. Quartal wurde die Herstellung von Vorleistungsund Konsumgütern deutlich gesteigert (jeweils + 0,9 % gegenüber dem Vorquartal). Die Erzeugung von Investitionsgütern blieb dagegen nach einem Rückgang im Dezember mit + 0,1% fast unverändert gegenüber dem Vorguartal. Dämpfend wirkte insbesondere die rückläufige Produktion im Maschinenbau, während die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen leicht ausgeweitet wurde. Im Jahresdurchschnitt 2014 fiel der Produktionszuwachs insgesamt mit 1,9 % höher aus als 2013 (+ 0,3 %).

Die hergestellten Erzeugnisse wurden im Schlussquartal verstärkt im Ausland verkauft, insbesondere im Euroraum. Auch die inländische Aktivität hat – angesichts der leichten Aufwärtstendenz der Inlandsumsätze – wieder an Fahrt aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt 2014 belief sich die Umsatzsteigerung in der Industrie auf 2,7 % gegenüber dem Vorjahr, nach einer Stagnation im Jahr zuvor.

Im 4. Quartal nahm der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe beschleunigt zu. Dabei verlief die Nachfrage aus dem Euroraum ausgesprochen dynamisch (saisonbereinigt + 4,6 % gegenüber dem Vorquartal). Die Orders aus den Ländern außerhalb des Eurowährungsgebiets nahmen dagegen nur leicht zu (+ 0,5 %). Aber auch die Inlandsbestellungen wurden spürbar ausgeweitet. Insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern stieg überdurchschnittlich stark an (+ 3,1 %). Auftragseingänge insgesamt überschritten im Jahresdurchschnitt 2014 das Vorjahresergebnis deutlich um 3,0 %.

Die Kräftigung der Nachfrage sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland sowie der Aufwärtstrend der Vorleistungsgüterproduktion signalisieren eine fortgesetzte Ausweitung der industriellen Aktivität in den kommenden Monaten.

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	Vorjahr in %	2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	-0,1	+0,1	+0,7	+1,0	+1,2	+1,6		
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,5	+0,2	+1,1	+2,8	+2,9	+3,2		
Einkommen ¹										
Volkseinkommen	2 176	+3,6	+0,1	+0,7		+2,5	+3,5			
Arbeitnehmerentgelte	1 482	+3,7	+0,8	+0,8		+3,8	+3,7			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	694	+3,4	-1,4	+0,6		-0,3	+3,3			
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1719	+2,2	+0,8	+1,2		+2,1	+2,4			
Bruttolöhne und -gehälter	1 211	+3,9	+1,0	+0,9		+3,9	+3,8			
Sparen der privaten Haushalte	163	+3,8	+1,0	+1,6		+3,6	+3,6			
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	2		
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Nov14	Dez 14	Dreimonats- durchschnitt	Nov 14	Dez 14	Dreimonats- durchschnitt		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 134	+3,7	-2,2	+3,4	+1,4	+1,6	+10,0	+5,3		
Waren-Importe	917	+2,0	+1,2	-0,8	+0,5	+1,9	+4,0	+2,1		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	107,9	+1,4	+0,1	+0,1	+0,5	-0,3	-0,7	+0,1		
Industrie ³	109,8	+1,9	+0,4	+0,5	+0,5	-0,3	+0,0	+0,4		
Bauhauptgewerbe	108,2	+2,4	+0,0	-2,9	-1,1	-0,1	-4,7	-1,4		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	108,6	+2,7	-0,3	+0,6	+0,8	+0,3	+1,5	+1,4		
Inland	104,7	+1,4	-0,1	+1,5	+0,3	-1,2	+1,0	-0,0		
Ausland	112,8	+4,0	-0,4	-0,2	+1,2	+1,9	+1,8	+2,8		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	109,2	+3,0	-2,4	+4,2	+1,9	-0,4	+3,4	+1,8		
Inland	103,4	+1,6	-4,5	+3,4	+1,7	-3,5	+2,2	+0,5		
Ausland	113,9	+4,0	-0,9	+4,8	+1,9	+1,9	+4,2	+2,8		
Bauhauptgewerbe ⁴	111,3	+2,3	+0,5		-0,9	-7,9		-5,4		
Umsätze im Handel										
(Index 2010 = 100) Einzelhandel	102,8	+1,4	+0,9	+0,2	+1,6	-1,0	+4,0	+1,9		
(ohne Kfz, mit Tankstellen)	101 7	1 /	-0.6		0.6	-1.0		11.2		
Handel mit Kfz ⁴	101,7	-1,4	-0,6		-0,6	-1,0		+1,		

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.	Vorjahr in %	Nov 14	Dez 14	Jan 15	Nov14	Dez 14	Jan 15		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-16	-25	-9	-89	-110	-104		
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+13	+22		+411	+404			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+45			+539				
		2014	Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber	Vorperiode Vorjahr							
	ilidex	Vorjahr in %	Nov 14	Dez 14	Jan 15	Nov 14	Dez 14	Jan 15		
Importpreise	103,6	-2,2	-0,8	-1,7		-2,1	-3,7			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,9	-1,0	+0,0	-0,7		-0,9	-1,7			
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,0	+0,0	-1,1	+0,6	+0,2	-0,4		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14	Jan 15		
Klima	+11,8	+9,1	+5,8	+3,8	+0,1	+2,4	+4,2	+6,6		
Geschäftslage	+18,0	+15,4	+10,7	+10,5	+5,5	+7,6	+8,8	+12,3		
Geschäftserwartungen	+5,9	+3,0	+1,1	-2,6	-5,1	-2,6	-0,3	+1,0		

¹ Quartale Stand November 2014.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt, \, Bundesagentur \, für \, Arbeit, \, Deutsche \, Bundesbank, \, if o-Institut.$

Dabei zeichnet sich auch eine Erholung der Investitionstätigkeit ab. Zuvor hatten sich bereits die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe den dritten Monat in Folge verbessert. Auch gaben die Unternehmen an, wieder verstärkt investieren zu wollen. Dies könnte ebenfalls die Bauproduktion beleben, die in drei Quartalen in Folge im vergangenen Jahr zurückgefahren worden war.

Dabei wirkte die rückläufige Entwicklung im Ausbaugewerbe dämpfend. Im Hochund Tiefbau konnte die Produktion im Schlussquartal dagegen ausgeweitet werden. Die Bauproduktion verzeichnete zwar das dritte Quartal in Folge ein Minus, aber aufgrund des kräftigen Anstiegs im 1. Vierteljahr erreichte sie im Jahresdurchschnitt 2014 ein Plus von 2,4 %. Den monatlichen vorlaufenden Indikatoren zufolge ist in den nächsten Monaten mit einer moderaten

Erholung der Bauproduktion zu rechnen.
Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
nahm im Oktober/November 2014 leicht zu
(saisonbereinigt gegenüber August/September).
Die Baugenehmigungen zeigen vor allem
im Wohnungsbau eine aufwärtsgerichtete
Grundtendenz. Die ifo Geschäftserwartungen
im Bauhauptgewerbe verbesserten sich leicht.
Es überwiegen zwar die Einschätzungen
der Unternehmen, die von ungünstigen
Aussichten ausgehen, aber der langjährige
Durchschnittswert wird merklich überschritten.

Der private Konsum hat gemäß Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts im Schlussquartal merklich zum BIP-Anstieg beigetragen. Hierzu trugen die realen Einzelhandelsumsätze ohne Kraftfahrzeuge bei, die im 4. Quartal einen Anstieg von 1,6 % gegenüber dem Vorquartal verzeichneten. Die Neuzulassungen für private Kraftfahrzeuge

²Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

³Ohne Energie.

⁴ Jahresdurchschnitt für 2013

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

haben sich im Schlussquartal um 0,2 % leicht erhöht. Nachdem im Oktober und November die Zulassungen rückläufig gewesen waren, sind sie im Dezember wieder gestiegen. Auch die im 4. Quartal ausgesprochen gute Stimmung der Konsumenten deutete bereits auf eine Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte hin. Gemäß Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg hat sich die Verbraucherstimmung zu Jahresbeginn nochmals spürbar verbessert. Die Anschaffungsneigung, die Einkommenserwartung und die Konjunkturerwartungen haben im Januar zugelegt. Die gute Verbraucherstimmung ist u. a. auf den Rückgang der Energiepreise zurückzuführen. Infolge der gesunkenen Ausgaben für Kraftstoffe und Heizen steht ein Teil des verfügbaren Einkommens für andere Konsumzwecke zur Verfügung. Darüber hinaus dürften durch die Preissenkungen von Energie auch andere Güter billiger geworden sein. Zusammen mit den im Jahr 2014 angestiegenen Nettolöhnen je Arbeitnehmer (+ 2,4 %) könnte dies – bei fallender Sparneigung - die Anschaffungsneigung beflügelt haben. Insgesamt signalisiert die optimistischere Stimmung der Verbraucher, dass sich die gute Verbraucherstimmung im 1. Quartal 2015 fortsetzen dürfte. Der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die Einkommenssteigerungen begünstigen den privaten Konsum, sodass von diesem auch weiterhin deutliche Wachstumsimpulse ausgehen dürften. Dafür spricht ebenfalls, dass die vom ifo Institut befragten Einzelhändler bessere Geschäfte erwarten.

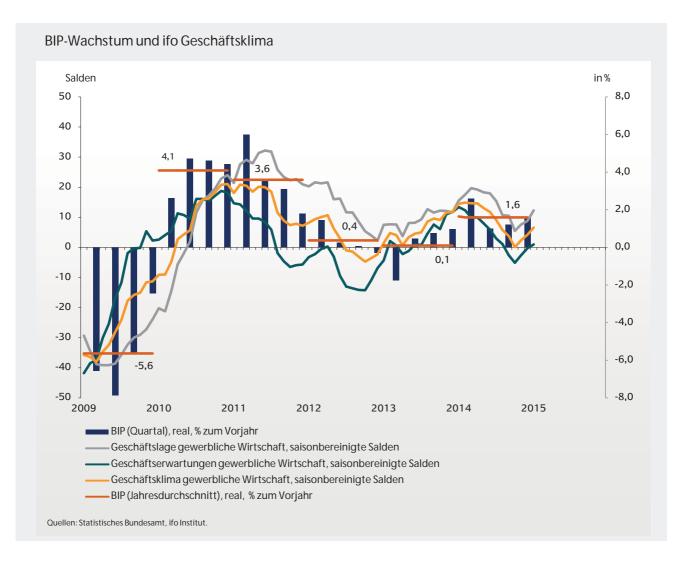
Der Arbeitsmarkt befindet sich nach wie vor in einer sehr guten Verfassung. Bis zum Ende des Jahres 2014 war ein deutlicher Beschäftigungsaufbau zu beobachten. Dabei hat sich der Beschäftigungsaufbau im 4. Quartal gegenüber dem Vorquartal etwas beschleunigt. Die Erwerbstätigkeit (Inlandskonzept) nach Ursprungswerten stieg im Dezember um 404 000 Personen auf 42,87 Millionen Personen an. Im Jahresdurchschnitt 2014 lag

das Beschäftigungsniveau bei 42,65 Millionen Menschen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach Ursprungswerten im November ein Niveau von 30,69 Millionen Personen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 539 000 Personen beziehungsweise 1,8 %. Dabei verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr im November die Bereiche Immobilien, freiberufliche sowie wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen mit 4,8 % den höchsten Anstieg. Einen leichten Beschäftigungsabbau gab es in der öffentlichen Verwaltung. Im November waren saisonbereinigt insgesamt 45 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vormonat.

Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungswerten) belief sich im Januar auf 3,03 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde damit um 104 000 Personen unterschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,0 % (- 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Auch saisonbereinigt verringerte sich die Arbeitslosenzahl im Januar (- 9 000 Personen).

Der Arbeitsmarkt dürfte sich auch im Jahr 2015 weiterhin als sehr robust erweisen. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK) geht in seiner aktuellen Jahresumfrage für dieses Jahr von einem Beschäftigungsaufbau von 200 000 Personen aus, was leicht über der Prognose der Bundesregierung in Höhe von 170 000 Personen liegt. Auch die vorlaufenden Indikatoren sprechen dafür, dass sich in diesem Jahr der Beschäftigungsaufbau fortsetzen dürfte. So ist das ifo Beschäftigungsbarometer im Januar den zweiten Monat in Folge gestiegen. Der seit 2004 ermittelte Stellenindex der BA erreicht sein höchstes Niveau. Auch der Teilindex Beschäftigung der Einkaufsmanager im Verarbeitenden Gewerbe signalisierte im Januar eine positive Entwicklung, wenngleich hier ein leichter Rückgang der Dynamik zu beobachten ist. Insbesondere das starke

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Wachstum der Beschäftigung in überwiegend konjunkturunabhängigen Branchen des Dienstleistungssektors trägt zur stabilen Arbeitskräftenachfrage bei.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ging um Januar um 0,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Eine niedrigere Teuerungsrate gab es zuletzt im Juli 2009 (-0,5 %). Die geringe Inflationsrate ist vor allem auf die weiterhin gesunkenen Energiepreise zurückzuführen (-9,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Dabei gaben die Preise für Mineralölprodukte deutlich nach (-19,2 %), während sich die Preise für Strom (+ 0,2 %) leicht erhöhten und die für Gas (-1,5 %) moderat sanken. Die Preise für Nahrungsmittel waren

im Januar ebenfalls leicht rückläufig (-1,3 %). Die Kerninflation betrug 1,1 %.

Der kräftige Rohölpreisrückgang vom Jahresende setzte sich im Januar 2015 fort. Mit rund 48 US-Dollar pro Barrel war der Ölpreis der Sorte Brent im Januar nur noch etwa halb so hoch wie vor einem Jahr. In Euro gerechnet wurde der Preisrückgang infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um rund 14 % etwas abgebremst. Trotz Abwertung des Euro beschleunigte sich jedoch der Rückgang der Importpreise (Dezember) aufgrund rückläufiger Importpreise für Rohöl und Rohölerzeugnisse sowie Erdgas.

Die aktuellen Terminmarktnotierungen deuten nicht auf ein Ende der Phase niedriger

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Ölpreise hin. Hinzu kommt, dass auch die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel ihren Anstieg verlangsamt haben. Die Verbilligung von Energiepreisen wirkt sich über sinkende Energiekosten auch auf die Preisniveauentwicklung anderer Waren aus. Dem entgegen wirken der Anstieg der

Arbeitnehmerentgelte und damit steigende Lohnstückkosten. Darüber hinaus haben Verbraucher infolge geringerer Ausgaben für Energiegüter mehr Geld für andere Waren und Dienstleistungen zur Verfügung, deren Preise als Folge einer höheren Nachfrage steigen könnten. In den kommenden Monaten ist weiterhin mit einer moderaten Preisniveauentwicklung zu rechnen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2015

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2015

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Januar 2015 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 4,1% gestiegen. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit einem Zuwachs von lediglich 1,1% insbesondere aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge eher dämpfend wirkten, haben die Bundessteuern mit einem Anstieg von 18,7 % im Vorjahresvergleich und die Ländersteuern mit einem Wachstum von 27,7 % den Aufkommenszuwachs kompensiert. Diese Entwicklung wurde durch einige Sonderfaktoren bei der Versicherungsteuer, der Kernbrennstoffsteuer und der Erbschaftsteuer begünstigt. Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 19,3 % über dem Vorjahreswert.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Januar 2015 um 8,1 % über dem Vorjahresniveau. Neben der obengenannten positiven Entwicklung der reinen Bundessteuern haben hierzu Rückgänge bei den EU-Eigenmittelabrufen um 11,6 % und den Bundesergänzungszuweisungen an die Länder (nach vorläufiger Berechnung - 7,6 %) beigetragen.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Monat Januar 2015 – trotz des hohen Zuwachses bei den Ländersteuern – lediglich um 2,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die geringeren Bundesergänzungszuweisungen und der niedrige Zuwachs des Aufkommens aus den gemeinschaftlichen Steuern wirkten negativ auf die Einnahmeentwicklung. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 2,5 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuereinnahmen setzten den stetigen Aufwärtstrend der vergangenen

Monate auf Basis der anhaltend guten Beschäftigungslage und der Lohnsteigerungen fort. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat Januar 2015 gegenüber dem Vorjahr um 5,0 %. Hiervon abzuziehen ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld, welches im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 1,3 % etwas höher ausfiel. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Januar 2015 um 5,9 %.

Das Steueraufkommen der Körperschaftsteuer wird im Januar von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Hierbei kam es in diesem Monat zu einem leichten Rückgang der Nachzahlungen, wohingegen die Erstattungen anstiegen. Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer sank – ausgehend von einer verhältnismäßig niedrigen Basis – um 31,1%. Nach Abzug der Investitionszulage ergibt sich ein Rückgang des kassenmäßigen Aufkommens von 31,6%.

Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist im Januar 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 9,8 % zurückgegangen. Hier waren sowohl die Nachzahlungen als auch die Erstattungen angestiegen – wobei das Volumen der Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) stärker zugenommen hatte. Die Abzugsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussen das Ergebnis nur unerheblich. Da die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG einen erheblich höheren Rückgang zu verzeichnen hatten (-21,0 %), stieg das Kassenaufkommen leicht um 0.9 %.

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stieg im Januar 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 15,7 %. Dieser Zuwachs ist zum überwiegenden Teil auf einen Sondereffekt in einem Land zurückzuführen. Nach Abzug der Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern ergab sich ein Zuwachs des Nettoaufkommens von 18,4 %.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	14995	+5,9	14995	+5,9	177 600	+5,7
veranlagte Einkommensteuer	868	+0,9	868	+0,9	45 350	-0,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 637	+18,4	1 637	+18,4	15 675	-10,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	1 387	-38,2	1 387	-38,2	7 889	+1,0
Körperschaftsteuer	385	-31,6	385	-31,6	20 200	+0,8
Steuern vom Umsatz	16 280	+1,8	16280	+1,8	209 950	+3,4
Gewerbesteuerumlage	-16	Х	- 16	Х	3 988	+3,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	15	+235,8	15	+235,8	3 3 7 3	+3,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	35 552	+1,1	35 552	+1,1	484 025	+3,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	246	-27,2	246	-27,2	39 800	+0,1
Tabaksteuer	513	-35,3	513	-35,3	14 060	-3,8
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	189	-3,9	189	-3,9	2 030	-1,4
Versicherungsteuer	1 218	+102,5	1218	+102,5	12515	+3,9
Stromsteuer	621	+19,9	621	+19,9	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	1 057	+17,1	1 057	+17,1	8 440	-0,7
Luftverkehrsteuer	34	-5,5	34	-5,5	990	+0,0
Kernbrennstoffsteuer	352	Х	352	Х	1 200	+69,5
Solidaritätszuschlag	1 079	+1,4	1 079	+1,4	15 400	+2,3
übrige Bundessteuern	156	+0,8	156	+0,8	1 458	+0,9
Bundessteuern insgesamt	5 466	+18,7	5 466	+18,7	102 793	+1,0
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	751	+65,8	751	+65,8	5 0 1 1	-8,1
Grunderwerbsteuer	875	+15,5	875	+15,5	9 420	+0,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	155	-6,7	155	-6,7	1 682	+0,5
Biersteuer	57	-1,3	57	-1,3	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	17	-7,6	17	-7,6	407	+0,2
Ländersteuern insgesamt	1 855	+27,7	1 855	+27,7	17 196	-2,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	350	+19,3	350	+19,3	4 600	+1,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	351	-13,3	351	-13,3	4310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1876	-11,2	1 876	-11,2	23 360	+4,2
EU-Eigenmittel insgesamt	2 576	-8,3	2 576	-8,3	32 270	+4,1
Bund ³	18 126	+8,1	18 126	+8,1	278 041	+2,7
Länder ³	19 609	+2,7	19 609	+2,7	259 724	+2,1
EU	2 576	-8,3	2 576	-8,3	32 270	+4,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 911	+2,5	2 911	+2,5	38 580	+4,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 223	+4,1	43 223	+4,1	608 614	+2,6

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2015

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge waren im Januar 2015 stark rückläufig. Das Steueraufkommen sank im Vergleich zum Vorjahr um 38,2 %. Zum Jahresende werden bei vielen festverzinslichen Wertpapieren die Zinsen fällig gestellt. Daraus werden aufgrund der gesetzlichen Steueranmeldungstermine im Januar des Folgejahres regelmäßig circa 30 % des Jahresaufkommens der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge generiert. Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinssätze, welche zu einem bereits einige Jahre andauernden allmählichen Rückgang des durchschnittlichen Zinsniveaus führten, war in diesem Monat mit einer Fortsetzung des negativen Aufkommenstrends der vergangenen Monate zu rechnen. Der tatsächliche Rückgang war allerdings überraschend deutlich.

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz stiegen im Januar 2015 um 1,8 %. Sowohl die Binnen-Umsatzsteuer mit + 1,8 % als auch die Einfuhrumsatzsteuer mit + 2,0 % konnten Zuwächse erzielen.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg aufgrund von Sonderfaktoren im Januar 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 18,7 % an.
Zum einen ist dies auf Rückflüsse von Kernbrennstoffsteuer aufgrund des im November 2014 zugunsten des Bundes ergangenen BFH-Beschlusses im Rechtsstreit über die Aussetzung der Vollziehung in Höhe von 0.4 Mrd. € zurückzuführen. Zum

anderen zeigt sich bei der Versicherungsteuer im Vorjahresvergleich eine Verdoppelung des Steueraufkommens von rund 0.6 Mrd. € im Januar 2014 auf aktuell rund 1,2 Mrd. €. Die Ursachen für diesen Anstieg sind nicht bekannt. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung ist jedoch nicht zu rechnen. Vielmehr könnte es im Falle von zeitlich vorgezogenen Zahlungseingängen zu entsprechenden Korrekturen in den Folgemonaten kommen. Die Einnahmen aus der Stromsteuer wuchsen – ausgehend von einer durch Auszahlungen im Rahmen des Spitzenausgleichs geminderten Basis um 19,9 %. Die Kraftfahrzeugsteuer stieg um 17,1%. Allerdings ist ein Vorjahresvergleich aufgrund der im Jahr 2014 erfolgten Übernahme der Verwaltung durch den Zoll und den damit verbundenen temporären Verwerfungen bei der Realisierung des Aufkommens nicht aussagekräftig. Der relativ hohe Rückgang bei der Energiesteuer (-27,2%) basiert auf einem sehr niedrigen Niveau. In absoluten Zahlen ist lediglich ein Rückgang um circa 90 Mio. € zu verzeichnen. Bei der Tabaksteuer führt eine um circa 0,3 Mrd. € überhöhte Vorjahresbasis zu einem rechnerischen Rückgang von 35,3 %.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Januar 2015 einen Zuwachs von 27,7 %. Der starke Anstieg der Erbschaftsteuer ist unter anderem auch auf einen großen Einzelfall zurückzuführen. Die Grunderwerbsteuer bestätigte mit einem Plus von 15,5 % die anhaltend positive Entwicklung.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 2015

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen lagen im Januar mit 19,6 Mrd. € um 1,3 Mrd. € (+ 7,3 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 18,0 Mrd. € und lagen um 1,2 Mrd. € (+ 7,4 %) über dem Ergebnis vom Januar 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 1,6 Mrd. € um 0,1 Mrd. € über dem Januarergebnis von 2014.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Januar 2015 auf 38,1 Mrd. €. Sie lagen um 0,4 Mrd. € (-1,0 %) unter dem Ergebnis vom Januar 2014.

Finanzierungssaldo

Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar errechnen lässt. Ferner unterliegen die Kassenmittel im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Im Januar 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 18,5 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015	Ist - Entwicklung ¹ Januar 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	299,1	38,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,0
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	298,8	19,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	277,5	18,0
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-18,5
Finanzierung durch:	0,3	0,3	18,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	28,9
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	0,0	0,0	-10,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 2015

$Entwicklung\,der\,Bundesausgaben\,nach\,Aufgabenbereichen$

		st		oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	014	20)15	Januar 2014	Januar 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	65 882	22,3	6 430	6 496	+1,0
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6384	2,2	1219	1 268	+4,0
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	11,0	2 932	2914	-0,6
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14100	4,8	1 437	1 454	+1,2
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4210	1,4	305	319	+4,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 670	7,0	1 317	1 612	+22,4
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	352	436	+23,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 060	3,7	243	640	+164,0
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 144	51,8	18 441	18 618	+1,0
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	34,6	14532	14772	+1,7
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,3	2 838	2 749	-3,1
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20100	6,8	1 928	1 938	+0,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4900	1,7	388	304	-21,4
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 9 6	2,5	7914	2,7	715	747	+4,5
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 143	0,7	265	246	-7,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 031	0,7	112	151	+34,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 184	0,7	152	150	-1,5
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 633	0,6	150	152	+1,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	15	27	+78,4
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	1 285	1 203	-6,4
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	3	5	+65,3
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 195	1 110	-7,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,7	902	1 060	+17,5
Straßen	7 852	2,7	7610	2,6	449	559	+24,6
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4961	1,7	191	224	+17,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	32 853	11,1	9 861	8 796	-10,8
Zinsausgaben	25 9 1 6	8,8	25 593	8,7	9 406	8 403	-10,7
Ausgaben zusammen	295 486	100,0	299 100	101,2	38 484	38 092	-1,0

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

		st		oll	Ist-Entw	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20)14	20	015		Januar 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io. €	in%
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	273 266	91,4	36 677	35 851	-2,3
Personalausgaben	29 209	9,9	29 779	10,0	3 095	3 184	+2,9
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 531	7,2	2 162	2 2 1 6	+2,5
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,8	933	968	+3,8
laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 394	8,2	1 267	1 217	-3,9
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	46	53	+15,2
militärische Beschaffungen	8 8 1 4	3,0	9 538	3,2	461	425	-7,8
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 439	4,5	760	739	-2,8
Zinsausgaben	25 916	8,8	25 593	8,6	9 406	8 403	-10,7
laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	192 824	64,5	22 804	22 920	+0,5
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 802	7,6	1 032	956	-7,4
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 022	56,8	21 772	21 964	+0,9
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 420	8,8	3 2 1 7	3 013	-6,3
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,6	2 858	2 846	-0,4
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,7	14823	15 079	+1,7
sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	104	127	+22,1
Investive Ausgaben	29 275	9,9	26 453	8,8	1 806	2 242	+24,1
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	18 621	6,2	1 598	1 974	+23,5
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	16996	5,7	1 562	1 882	+20,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	36	71	+97,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4416	1,5	71	0,0	0	21	Х
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 832	2,6	208	268	+28,8
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6132	2,1	140	224	+60,0
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1214	0,4	62	36	-41,9
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	7	8	+14,3
Globalansätze	0	0,0	- 619	-0,2	0	0	Х
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	299 100	100,0	38 484	38 092	-1,0

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Januar 2015

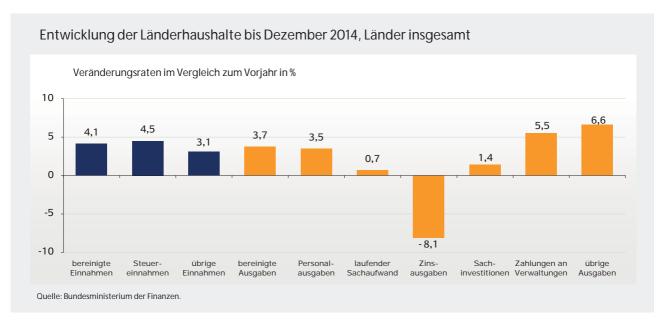
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

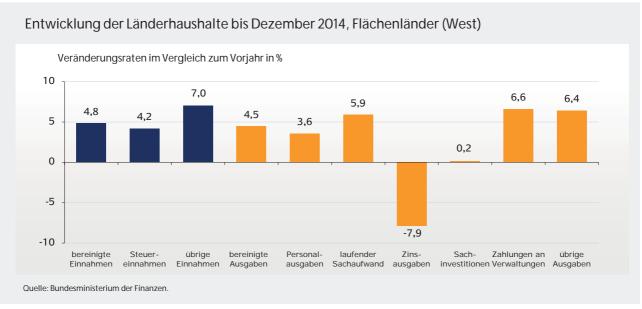
	ls		So		Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderun
	20	14	20	10	Januar 2014	Januar 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	270 774	91,7	277 479	92,9	16 734	17 965	+7,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	228 663	76,5	15 255	15 334	+0,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	116102	38,9	6730	6 697	-0,5
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 480	25,3	4 406	4745	+7,7
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	19 274	6,5	365	368	+0,8
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	7 838	2,6	691	782	+13,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 471	1,2	987	610	-38,2
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 100	3,4	282	193	-31,6
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	110 909	37,1	8 528	8 631	+1,2
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 652	0,6	-3	5	Х
Energiesteuer	39 758	13,5	39 800	13,3	338	246	-27,2
Tabaksteuer	14612	5,0	14060	4,7	793	513	-35,3
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 400	5,2	1 064	1 079	+1,4
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12515	4,2	601	1 218	+102,7
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	518	621	+19,9
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 440	2,8	903	1 057	+17,1
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 200	0,4	0	352	Х
Branntweinabgaben	2 0 6 1	0,7	2 032	0,7	197	189	-4,1
Kaffeesteuer	1016	0,3	1 025	0,3	104	105	+1,0
Luftverkehrsteuer	990	0,3	990	0,3	36	34	-5,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10016	-3,4	0	0	Х
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 360	-7,8	-2 113	-1 876	-11,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	- 404	-351	-13,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	- 608	- 608	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	0	0	Х
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	21 341	7,1	1 501	1 600	+6,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 540	2,2	38	23	-39,5
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	3	15	+400,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	79	73	-7,6
Einnahmen zusammen	295 147	100,0	298 820	100,0	18 235	19 565	+7,3

Entwicklung der Länderhaushal te bis Dezember 2014

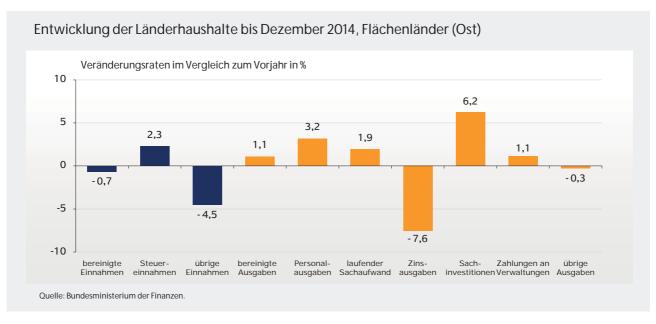
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2014

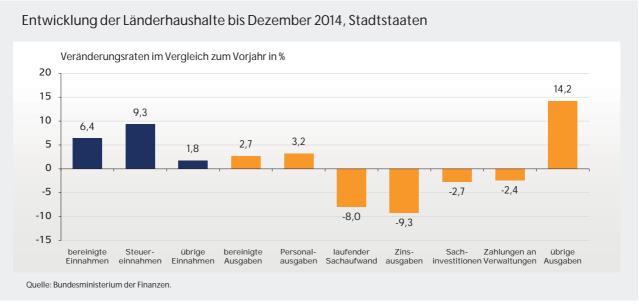
Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich um 4,1%, während sich die Ausgaben um 3,7% erhöhten. Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 4,5% zu. Der Finanzierungssaldo der Länder insgesamt betrug Ende Dezember 0,7 Mrd. €. Das vorläufige Ergebnis zur Entwicklung der Haushalte der Länder fällt damit um 1,2 Mrd. € günstiger aus als das entsprechende Vorjahresergebnis. Die Länder hatten für das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von 11,0 Mrd. € geplant.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2014





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Januar 2015 durchschnittlich 1,09 % (1,30 % im Dezember 2014).

Ende Januar 2015 betrug die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 0,30 % (0,54 % Ende Dezember 2014).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Januar 2015 auf 0,05 % (0,08 % Ende Dezember 2014).

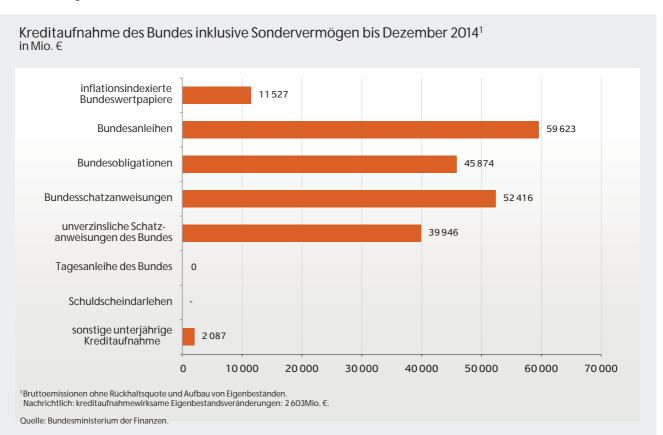
Der Rat der Europäischen Zentralbank beschloss in seiner Sitzung am 22. Januar 2015, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Am 30. Januar 2015 betrug der deutsche Aktienindex 10 694 Punkte (9 806 Punkte am 30. Dezember 2014). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 146 Punkten am 31. Dezember 2014 auf 3 351 Punkte am 30. Januar 2015.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Dezember 2014 bei 3,6 %, nach 3,1 % im November und 2,5 % im Oktober. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Oktober bis Dezember 2014 bei 3,1 %, verglichen mit 2,7 % in der Zeit von September bis November 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Dezember 2014 auf - 0,7 % (-1,4 % im Vormonat).



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,72 % im Dezember 2014 gegenüber 1,48 % im November.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

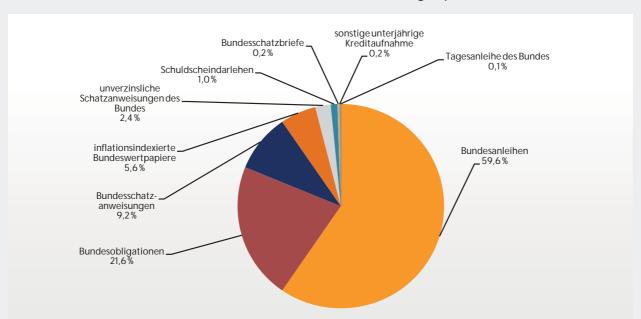
Von Januar bis Dezember 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 211,5 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 201,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 11,0 Mrd. € emittiert, am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 2,6 Mrd. € gekauft und 2,1 Mrd. € entfallen auf die sonstige Kreditaufnahme.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 236,7 Mrd. € (davon 210,1 Mrd. € Tilgungen und 26,6 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 25,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden wie folgt eingesetzt: 201,8 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, 6,6 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und 3,1 Mrd. € für die Finanzierung des Investitionsund Tilgungsfonds.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Dezember 2014



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1159,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 49,3 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd. 🛭	Ē.					
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0	-	-	-	-	-	49,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	17,0	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	14,0	59,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	2,0	62,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	2,1
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-	-	-	0,0	-	0,1	0,3
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-	-	0,4	-	-	0,0	1,5
sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,2	22,1	25,2	6,1	18,3	30,2	5,2	20,7	22,3	5,2	16,5	210,1

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1	0,2	1,0	0,9	-0,1	0,2	26,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	1. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	8. Oktober 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Aufstockung	15. Oktober 2014	2 Jahre/fällig 16. September 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	22. Oktober 2014	30 Jahre/fällig 15. Mai 2046 Zinslaufbeginn 28.Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	29. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	5. November 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN113748	Neuemission	12. November 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	26. November 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	3. Dezember 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN113748	Aufstockung	10. Dezember 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
			4. Quartal 2014 insgesamt	39 Mrd. €	39 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119345 WKN 111934	Neuemission	13. Oktober 2014	6 Monate/fällig 15. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119352 WKN 111935	Neuemission	27. Oktober 2014	12 Monate/fällig 28. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
			4. Quartal 2014 insgesamt	4 Mrd. €	4 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau)	Volumen ¹ Ist
inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd.€
davon im 4. Quartal					
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 1030541	Aufstockung	14. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1Mrd.€	1Mrd.€
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103559 WKN 103055	Aufstockung	11. November 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	1Mrd.€	1Mrd.€

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzung der Eurogruppe am 26. Januar 2015 sowie die Sitzung des ECOFIN-Rates am 27. Januar 2015 in Brüssel

In der Eurogruppe am 26. Januar 2015 berichtete die Europäische Kommission von der erfolgreichen Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015. Die Minister hießen den litauischen Finanzminister Rimantas Šadžius als 19. volles Mitglied in der Eurogruppe willkommen, nachdem er bereits seit September 2014 als Beobachter teilgenommen hatte.

Die Eurogruppe bekundete ihren Willen, mit der neuen Regierung Griechenlands konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Die portugiesische Finanzministerin Maria Luís Albuquerque kündigte an, dass Portugal eine vorzeitige Tilgung eines Teils des im Rahmen des IWF-Finanzhilfeprogramms erhaltenen Kredits beabsichtige. Hierzu bedürfe es der Unterstützung der europäischen Partner; ein entsprechender Antrag werde in Kürze gestellt.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellte die Ergebnisse seiner Artikel IV-Interimsmission zum Euroraum und seine Einschätzung zur Wirtschaftslage vor. Es bestand Einigkeit bei den Ministern, dass alles getan werden müsse, um Wachstum und Beschäftigung wieder zu erhöhen. Dazu gehörten insbesondere die Fortsetzung der wachstumsfreundlichen Konsolidierung gemäß den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Umsetzung notwendiger Strukturreformen für einen wettbewerbsfähigen und widerstandsfähigen Euroraum.

Die Minister tauschten sich über die Erwartungen an die Diskussion der Staatsund Regierungschefs am 12. Februar 2015 zur engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Euroraum aus. Der Europäische Rat wird die Diskussion im Juni 2015 auf Basis eines Berichts der Präsidenten von Kommission, Euro-Gipfel, Eurogruppe und Europäischer Zentralbank (EZB) fortsetzen.

Die Eurogruppe diskutierte zudem das weitere Vorgehen in Bezug auf die Haushaltsplanungen einzelner Mitgliedstaaten für 2015. Die Minister begrüßten die aktualisierten Haushaltsplanungen Lettlands als im Einklang mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts stehend. Die Kommission kündigte zudem an, für die sieben Mitgliedstaaten, für die im Dezember 2014 ein Risiko der Nichteinhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgestellt worden war, Ende Februar auf Basis einer aktualisierten Bewertung über das weitere Vorgehen zu berichten.

Schließlich stellte die Kommission auch ihre Mitteilung zur Auslegung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt vor. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble verwies darauf, dass Kommission und Mitgliedstaaten gemeinsam über die konkrete Anwendung entscheiden würden und dabei die Bewahrung der Glaubwürdigkeit des Pakts an erster Stelle stehe. Mit einer zu weiten Auslegung der Flexibilität steige das Risiko, dass sich Mitgliedstaaten mit hohem Anpassungsbedarf noch weiter von den Zielen entfernten. Hierin sei Deutschland auch von anderen Mitgliedstaaten unterstützt worden.

Der ECOFIN-Rat am 27. Januar 2015 nahm die Arbeitsprogramme der lettischen Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission für den Bereich Wirtschaft und Finanzen zur Kenntnis. Im Rahmen der Aussprache unterstützten viele Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, eine Verstärkung der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Für die Bundesregierung ist die Verbesserung des Europäischen Semesters zur Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

wichtiges Anliegen, wozu die Bundesminister Dr. Schäuble und Sigmar Gabriel in einem gemeinsamen Brief an die Kommission im Herbst vergangenen Jahres konkrete Vorschläge gemacht hatten. Diesen Ansatz griff auch die Kommission auf, indem sie vorsieht, das Europäische Semester zu stärken, die Abläufe zu verbessern und den Dialog mit den Mitgliedstaaten, nationalen Parlamenten sowie Sozialpartnern zu intensivieren. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass auch weitere Vorschläge wie die Identifizierung von Best-Practice-Beispielen, die Überprüfung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen durch den Rat sowie eine stärkere Verschränkung zwischen den Struktur- und Kohäsionsfondszahlungen mit den länderspezifischen Empfehlungen diskutiert werden.

Beim ECOFIN fand nach der Diskussion in der Eurogruppe am Vortag auch im Kreis aller EU-Mitgliedstaaten ein Gedankenaustausch zu den Mitteilungen der Kommission zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung sowie zur Auslegung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt statt. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble mahnte an, dass die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts bewahrt werden müsse. In diesem Zusammenhang müsse insbesondere darauf geachtet werden, dass der Reformdruck aufrechterhalten bleibe und Flexibilität nur zur Anwendung kommen könne, wenn notwendige Strukturreformen voll umgesetzt würden. Die Kommission müsse sicherstellen, dass die Interpretation der Flexibilität mit den bestehenden Regeln im Einklang stehe.

Zur Umsetzung der Investitionsinitiative stellte die Kommission ihren Verordnungsvorschlag zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen vor, der von den Ministern im Grundsatz begrüßt wurde. Als wichtig betonten viele Mitgliedstaaten, dass die zentrale Rolle der Europäischen Investitionsbank beim Fonds gewahrt bleiben und die Auswahl von Projekten allein nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen müsse. Neben dem Aufbau des Fonds und der Projektpipeline müsse zudem die Verbesserung des Investitionsumfelds ebenso ehrgeizig verfolgt werden. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble kündigte an, dass sich Deutschland, neben den zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 10 Mrd. € für nationale Investitionen, über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer signifikanten Größenordnung (rund 8 Mrd. €) an der Finanzierung von Projekten und an Investitionsplattformen beteiligen werde. Ein Kapitalbeitrag an den Fonds sei dagegen nicht geplant; der Fonds sei ausreichend finanziert.

In informellem Rahmen tauschten sich die Minister zur finanziellen Unterstützung der Ukraine aus. Die Kommission erklärte ihre Bereitschaft, die Ukraine in Form eines neuen Makrofinanzhilfeprogramms zumindest mit weiteren 1,8 Mrd. € zu unterstützen. Darüber hinaus befassten sich die Minister mit Maßnahmen gegen die Finanzierung von Terrorismus. In diesem Zusammenhang stimmten sie im ECOFIN-Rat dem Anti-Geldwäsche-Paket zu und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung anzugehen.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. März 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
16./17. März 2015	Deutsch-Chinesischer Finanzdialog in Berlin
19./20. März 2015	Europäischer Rat in Brüssel
31. März 2015	Deutsch-Französischer Ministerrat
17. April 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
17./19. April 2015	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
24./25. April 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Riga
27. April 2015	Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Warschau
11./12. Mai 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
27. Mai 2015	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Dresden
18./19. Juni 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2015	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
Steuerschätzung in Saarbrücken
Stabilitätsrat
Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
März 2015	Februar 2015	24. März 2015
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

¹ Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IMF, siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Broschüre aus der Reihe "Auf den Punkt: G7"

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Übei	rsichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
1	Kreditmarktmittel	70
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	77
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	91
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	93
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	94
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	95
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	96
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	97
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	98
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	99
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	100
Übei	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	101
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Dezember 2014	102
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2014	

☐ Statistiken und Dokumentationen

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Ges	amtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	108
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	109
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisberein	igten
	Potenzialwachstum	111
4	Bruttoinlandsprodukt	112
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	114
6	Kapitalstock und Investitionen	118
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	119
8	Preise und Löhne	120
Ker	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	122
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	122
2	Preisentwicklung	123
3	Außenwirtschaft	124
4	Einkommensverteilung	125
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	126
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	127
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	128
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	129
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	130
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	131
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	135

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 30. November 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Dezember 2014
Gliede	rung nach Schuldenarte	en		
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	65 000	-	-	65 000
Bundesanleihen	691 405	-	0	691 405
Bundesobligationen	248 000	3 000	0	251 000
Bundesschatzbriefe	2 686	-	311	2 3 7 5
Bundesschatzanweisungen	117 000	4 000	14000	107 000
unverzinsliche Schatzanweisungen	29 993	-	2 000	27 993
Finanzierungsschätze	1	-	1	0
Tagesanleihe	1 195	0	8	1 187
Schuldscheindarlehen	12 101	-	130	11 971
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	395	1 480	2	1 873
Kreditmarktmittel insgesamt	1 167 776			1 159 804

	Stand:		Stand:	
	30. November 2014		31. Dezember 2014	
Gliederung nach Restlaufzeiten				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	189 068		188 386	
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	373 694		363 717	
langfristig (mehr als 4 Jahre)	605 013		607 701	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 167 776		1 159 804	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungs-rechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

²Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2014	Belegung am 31. Dezember 2013					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	165,0	138,9	133,8					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	45,5	42,4					
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	6,4					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	106,6	108,5					
internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4					

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2015	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-		-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-	
	April	-	-	-	-	-	-
	März	-	-	-	-	-	-
	Februar	-	-	-	-	-	-
	Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252
2014	Dezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0
	November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
	Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
	September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
	August	205 597	180504	-25 052	-29 508	124	4 5 7 9
	Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
	Juni	150 047	134048	-15 973	-16 582	94	704
	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25388	0	1 322
	April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	- 18	10 028
	März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
	Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
2013	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
		150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
	Juni	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	Mai						
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24193	-107	4780
	Februar .	59 487	35 678	-23 786	-24082	-128	168
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

	iti ai covorriirioni		riadoriare De			
			Central Governr	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt –Schulden Bund

			(Central Government D	ebt	
		Kre	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Cowährloistungen
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2014 D	ezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458
N	ovember	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-
0	ktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-
Se	eptember	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459
А	ugust	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-
Ju	ıli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-
Ju	ıni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452
N	lai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-
А	pril	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-
	Iärz	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449
	ebruar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-
	nuar	194906	361 641	587 112	1 143 659	-
2013 D	ezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443
	ovember	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-
	ktober	204212	364 644	579 937	1 148 592	-
	eptember	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
	ugust	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
	ıli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	 ıni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	lai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	pril	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	lärz	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	ebruar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	nuar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
	ezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	ovember	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	ktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	eptember	216883	357 763	555 802	1 130 449	508
	ugust	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	ıli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	ıni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	lai	226511	367 003	535 842	1 129 356	_
	pril	226 581	362 000	524 423	1 113 004	_
	prii lärz	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	ebruar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
	ınuar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt – Schulden Bund

		(Central Government D	Debt	
	Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	zeiten	Gewährleistungen
		Outsta	nding debt		Gewanneistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
Februar	234948	362 885	514 604	1 112 437	-
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-
2010 Dezember	234986	335 073	534 991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in M	rd.€		
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,2
2. Einnahmen ¹	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	298,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+ 1,2
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+2,
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	201,8	191,8
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	-1,5	-3,3
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+43,0	- 7,8	- 12,6	- 9,!
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2015.

¹ Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.

 $^{^2 \, \}text{Nach Berück sichtigung der Eigenbestands veränderung}.$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart			Ist			Soll
			in Mi	0.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	29 209	29 779
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 531
ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	9 9 9 7	11 025
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2619	2 699	2 832
militärischer Bereich	4620	4 682	4889	5018	5 229	5 417
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	23 174	24 394
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 8 1 4	9 538
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 439
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	25 593
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	25 593
sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	25 593
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	25 551
an Ausland	8	-0	-	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 308	192 824
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 802
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14133	15 916
Gemeinden	17	12	8	8	5	6
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 9 6 9	6 8 8 0
Zweckverbände	1	1	1	0	0	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 022
Unternehmen	24212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 420
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 665	26718	26 307	27 055	28 029	28 770
an Sozial versicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104719	106 761
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	1 998
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 075	6 0 4 3	6 072
an Sonstige	3	2	2	5	5	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	265 607	272 590

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart			Ist			Soll
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 865	7 832
Baumaßnahmen	6 242	5814	6147	6 2 6 4	6419	6 132
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 214
Grunderwerb	503	492	629	611	463	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 575	17 672
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	15 524	14772	15 971	16 996
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4854	4981
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4786	4 8 9 5
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86
Sondervermögen	-	-	581	-	0	1
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9848	11 118	12 015
sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6393	5 886	7 025
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	4 990
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	5	30
sonstige - Inland	137	123	129	141	135	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1
Länder	1	1	1	0	0	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	230	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4416	71
Inland	13	0	0	91	72	71
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 3 4 3	C
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	29 879	27 128
darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 275	26 453
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 619
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	295 486	299 100

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	65 882	60 146	26 422	19 275	-	14 449
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	14 100	13 642	4112	1 753	-	7 777
02	Auswärtige Angelegenheiten	10 095	5 619	564	223	-	4832
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 110
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4504	4076	2 616	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4210	4074	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 670	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	Sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 060	8 882	507	881	-	7 495
19	Übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	152 493	224	263	-	152 006
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	-	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7914	7914	-	3	-	7911
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	Übrige Bereiche aus 2	7 3 3 2	7 3 2 0	187	158	-	6 9 7 5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	1 245	380	482	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	Übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	Übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

Funktion	Aurgahangrunna	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
	Ausgabengruppe	1 124	4.100		F 72C	F 717
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	Auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	-	-	135	135
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	118	3 380	-	3 498	3 498
13	Hochschulen	1	1014	-	1014	1014
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	-	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 062	-	2 177	2 177
19	Übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	7	640	3	651	24
22	$Sozial versicherung\ einschließlich\ Arbeitslosen versicherung$	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 442	4	1 446	1 446
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	0	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	0	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	Übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	-	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	Regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7610	1134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	Übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	32 853	33 433	1 038	398	25 593	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 623	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	25 604	25 604	-	11	25 593	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	388	388	-	387	-	-
Summe al	ler Hauptfunktionen	299 100	272 590	29 779	24 394	25 593	192 824

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4878	-	4878	4878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	Übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 832	17 672	1 624	27 128	26 453

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	-27,1	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-		-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Computered day Naghungiauma	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung				lst-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	- 4,0	0,9
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	298,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	3,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 0,3	- 0,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-		-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	2,2	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,5
Zinsausgaben	Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	25,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 17,2	- 7,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	8,6
Anteil an den Zinsausgaben des	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	45,7
öffentllichen Gesamthaushalts				26.1			22.5		
Investive Ausgaben	Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	-7,8	- 12,6	-11,4
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	8,8
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	32,3
Steuereinnahmen ²	Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,9
Anteil am gesamten	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	41,7
Steueraufkommen ³	Mrd. €	115	2/1	- 44,0	17.2	22.5	22.1	0,0	0.0
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben	wird. €	- 11,5 4,1	- 34,1 11,7	14,5	- 17,3 5,9	- 22,5	- 22,1 7,2	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des		4,1	11,7	14,5	5,5	7,3	7,2	0,0	0,0
Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	- 111,2	-38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,0
Nachrichtlich: Schuldenstand ¹									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd.€	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

¹ Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 Gesamtdeutschland

Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	--

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	774,7	780,4
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	747,7	767,3
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	64,5	69,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	65,1	77,8
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	354,0	351,3
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	331,7	337,4
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	_	48,4	44,2	46,3
Einnahmen		-	-	_	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo		-	-	_	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt ¹						.,.	,
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7
Extrahaushalte				- ,-	,-	, -	,
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹	2,1	-,-	-,-	-,-	.,.	-,-	2,0
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,7
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-14,4	7,5
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-19,3	19,5
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,8	-0,8
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen		-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2014.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inconcernt.		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in	%		
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0
2015 ²	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8
2016 ²	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2
2017 ²	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5
2018 ²	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8
2019 ²	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2014.

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen G	esamtrechnungen ²	Abgre	nzung der Finanzstat	istik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote
Jahr			in Relation :	zum BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3
2014	39,2	22,6	16,6	37½	22	15,3

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand:September 2014.
 2014: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates							
Jahr	inconcemt	darunt	er					
JdH	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,					
1965	37,1	25,4	11,					
1970	38,5	26,1	12,					
1975	48,8	31,2	17.					
1980	46,9	29,6	17.					
1985	45,2	27,8	17.					
1990	43,6	27,3	16					
1991	46,0	28,5	17.					
1992	47,0	28,3	18					
1993	47,8	28,5	19					
1994	47,9	28,4	19					
1995 ⁴	48,1	28,1	20					
1995	54,6	34,6	20					
1996	48,8	28,0	20					
1997	48,0	27,3	20					
1998	47,6	27,1	20					
1999	47,6	27,0	20					
2000 ⁵	47,1	26,5	20					
2000	44,7	24,1	20					
2001	46,9	26,3	20					
2002	47,3	26,2	21					
2003	47,8	26,4	21					
2004	46,3	25,7	20					
2005	46,1	25,9	20					
2006	44,6	25,3	19					
2007	42,7	24,3	18					
2008	43,5	25,0	18					
2009	47,4	27,1	20					
2010	47,2	27,5	19					
2011	44,6	25,8	18					
2012	44,2	25,4	18					
2013	44,3	25,4	19					
2014	44,1	25,0	19					

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 ² 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.
 ² 2014: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $^{^5\,}Ohne\,Erl\"{o}se\,aus\,der\,Versteigerung\,von\,Mobilfunkfrequenzen.\,In\,der\,Systematik\,der\,VGR\,\,wirken\,diese\,Erl\"{o}se\,ausgabensenkend.$

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sch	hulden (in Mio. €	Ē)		
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-		978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-		996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i. w. S.		-		986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-		10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 45
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-		-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds		-		-	-	_	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (in Mio. €	(1)		
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil	an den Schulder	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	er Schulden am E	BIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	4,6
Gesetziche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72,4
			Schul	lden insgesamt (in €)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 217	2 268	2 298	2 3 9 0	2 510	2 558	2 45
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1 \,} Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zuzüglich \, Kassen kredite.$

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik 1

	2010	2011	2012	2013
		in N	lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624914
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 904
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 5
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (in €)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 067 441	2 095 625	2 173 639	2 159 468
in Relation zum BIP in %	80,3	77,6	79,0	76,9
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3\,}Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesami	trechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	11,9	8,6	3,4	0,4	0,3	0,1	-5	0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand:September 2014.

^{2014:} Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschlißlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2014: Schätzung: bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land									
	1995	2000²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-2,5	1,1	1,6
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,5	-0,4	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,8	-2,8	-2,7
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, Februar 2015) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	106,4	106,8	106,6
Estland	-	-	-	6,5	9,7	10,1	9,8	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	58,9	61,2	62,6
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,3	97,1	98,2
Griechenland	-	-	-	146,0	156,9	174,9	176,3	170,2	159,2
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,8	110,3	107,9
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	131,9	133,0	131,9
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,4	36,5	35,5
Litauen	-	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,1	41,8	37,3
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	22,7	24,4	25,1
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,5	69,5	68,6	68,0	66,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,5	70,5	70,5
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	86,8	86,4	84,5
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	128,9	124,5	123,5
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	53,6	54,9	55,2
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	83,0	81,8
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,3	101,5	102,5
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	-	-	-	83,8	90,8	93,1	94,3	94,4	93,2
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,0	27,8	30,3
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,1	45,0	42,7	43,6
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,4	84,9	88,7
Polen	-	-	-	53,6	54,4	55,7	48,6	49,9	49,8
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	38,7	39,1	39,3
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	41,4	41,3	40,6
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,1	44,4	45,0
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	77,7	77,2	76,1
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,8	87,2	88,7	90,1	91,0
EU	-	-	-	78,4	84,9	87,1	88,4	88,3	87,6
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,9	104,3	103,9
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	246,3	249,5	250,9

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Loud				St	euern und S	ozialabgab	en in % des l	3IP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					G	esamtaus	gaben de:	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	44,3	44,6	44,3
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	-	-	-	-	-	-	-	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	-	-	-	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	_	-	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	_	-	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	_	-	-	-	-	-	-	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum ¹	_	-		-		-	_	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	-	-	-	_	_	-	-	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

¹ Einschließlich Litauen.

 $Quelle: EU-Kommission\ {\it ``Statistischer Anhang der Europ\"{a}ischen Wirtschaft"}.$

Stand: November 2014.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014		EU-Haushalt 2015					
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahlungen			
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3		
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3		
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1		
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25		
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0		

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differe	nz in %	Differenz	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	-445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	222 514	230 819	53 205	54 378	38 475	40 723	307 461	318 710
darunter:								
Steuereinnahmen	174 054	176 901	31 099	31 760	24 635	25 581	229 788	234 24
übrige Einnahmen	48 461	53 917	22 105	22 618	13 841	15 142	77 674	84 468
Bereinigte Ausgaben	231 656	232 447	54 119	52 869	39 383	39 901	318 425	318 008
darunter:								
Personalausgaben	90 390	88 548	13 471	13 046	11 547	12 543	115 408	114 136
laufender Sachaufwand	15 114	15 470	3 907	3 823	8 806	8 613	27826	27 90
Zinsausgaben	12 034	10 934	2 445	2 143	3 734	3 000	18 213	16 07
Sachinvestitionen	4 436	4 027	1 739	1 743	909	729	7 084	6 499
Zahlungen an Verwaltungen	68 865	70 614	19018	19 285	818	999	81 968	83 689
übrige Ausgaben	40 817	42 854	13 539	12830	13 569	14018	67 925	69 70
Finanzierungssaldo	-9 142	-1 628	-914	1 509	- 898	822	-10 954	70



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2014

						in Mio. €				
		D	ezember 201	3	N	ovember 201	4	Dezember 2014		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	285 452	306 140	570 105	252 401	277 979	511 702	295 147	318 710	591 864
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	278 983	293 471	572 454	249 188	267 448	516 636	291 734	305 593	597 32
111	Steuereinnahmen	259 807	224 209	484016	229 995	205 292	435 288	270 774	234 243	505 016
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 549	56 927	59 476	2 491	51 103	53 594	2 797	59 025	61 822
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 8 6 5	2 8 6 5	-	2 644	2 644	-	3 427	3 427
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	6 469	12 670	19 139	3 2 1 3	10 531	13 744	3 413	13 118	16 530
121	Veräußerungserlöse	4 453	319	4773	1 186	824	2010	1 299	1 601	2 900
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	4258	73	4332	930	676	1 607	1 029	1 378	2 407
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	477	7 037	7515	384	5 710	6 094	378	6 603	698
	Bereinigte Ausgaben ¹									
2	für das laufende Haushaltsjahr	307 843	306 625	592 982	273 755	287 341	542 417	295 486	318 008	591 501
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	273 811	275 129	548 940	248 765	260 929	509 694	265 607	284670	550 276
211	Personalausgaben	28 575	110284	138 860	27 663	107 296	134959	29 209	114136	143 345
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	8 2 1 6	32 556	40 772	8 150	32 577	40 727	8 511	34 498	43 009
212	laufender Sachaufwand	21 828	27719	49 547	18 046	24315	42 361	21 857	27 905	49 762
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	12 575	17951	30 526	10 822	16398	27 219	12 432	18 942	31 374
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	31 302	17 494	48 797	25 485	15 237	40 722	25 916	16 077	41 993
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	27 273	68 450	95 722	17 757	64 354	82 111	21 107	73 010	94 118
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-128	- 128	-	170	170	-	46	46
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	63 744	63 753	5	59 633	59 638	5	68 029	68 034
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	34032	31 495	65 527	24989	26 411	51 401	29 879	33 338	63 217
221	Sachinvestitionen	7 895	6 411	14306	6 431	4909	11 340	7 865	6 499	14363
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4925	10861	15 786	4026	8 297	12 323	4854	10 679	15 533
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	33 477	30 803	64 280	24 435	24760	49 195	29 275	31 659	60 93

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2014

						in Mio. €				
		De	ezember 201	3	No	ovember 201	4	Dezember 2014		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-22 348 ²	- 485	-22 833	-21 297 ²	-9 361	-30 658	- 297 ²	702	405
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	251 160	82 857	334017	191 615	69 112	260 726	202 548	80 596	283 144
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	229 088	86 440	315 528	188 827	79 632	268 459	202 548	83 991	286 539
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	22 072	-3 583	18 489	2 788	-10 520	-7732	0	-3 395	-3 395
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-5 772	3 628	-2 143	9 465	8 8 4 6	18311	-9 852	7704	-2 148
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 559	13 559	-	15 632	15 632	-	14620	14620
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	6 103	-5 323	779	-9 464	-5 282	-14746	9854	-9 399	455

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich; Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	42 952	51 786 a	10 537	23 011	7 394	27 140	59 881	14 578	3 590
11	Einnahmen der laufenden Rechung	41 523	49 329 b	9 851	22 483	6 807	26 222	57915	14126	3 530
111	Steuereinnahmen	31 831	39 659	6 143	18 536	4211	20 131 5)	46 389	10 558	2 622
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 593	4871	3 009	2 727	2 297	3 651	8 444	2 728	784
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	222	-	-	123	517	165	69
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	515	-	464	238	905	275	146
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 428	2 457 °	687	529	586	918	1 965	452	60
121	Veräußerungserlöse	456	700 d	12	17	5	216	15	40	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	407	700 ^d	0	-	-	215	0	38	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	641	1 062	310	475	322	573	1 146	257	47
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	42 254	50 178 ^e	10 210	23 677	7 131	27 346	61 784	15 192	3 891
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	37 944	43 590 ^f	8 867	21 758	6 044	25 680	56 449	13 741	3 534
211	Personalausgaben	15 628	19 804	2358	8 677	1 857	10 647 ²⁾	23 109 ²⁾	5 625	1 444
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 220	5 851	239	2 945	141	3 595	8 249	1 904	592
212	laufender Sachaufwand	2 416	3 758	646	1 858	471	1 887	3 612	1 187	196
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	2 031	2 950	551	1 437	401	1 524	2 597	895	167
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 581	885 f	428	1 191	317	1 522	3 565	946	470
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12 764	14 499	3 647	6 534	2 350	7 359	16 292	3 887	616
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	2 426	4823	-	1 747	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	10 252	9 531	3 126	4 608	1 924	7 181	15 402	3 808	604
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4310	6 588 ^g	1 344	1919	1 087	1 666	5 3 3 5	1 451	357
221	Sachinvestitionen	817	1 664	96	586	315	283	413	82	43
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 580	1 902	503	716	393	334	2 055	505	97
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	4270	5 3 1 3	1 344	1 867	1 087	1 665	5 157	1 421	341

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2014

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	697	1 608 ^h	327	- 666	263	- 205	-1 903	- 614	- 301	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	10 294	1 681 ⁱ	1 744	4271	1 334	6 803	18 889	7 128	1 642	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	9 066	2 994 ⁱ	3 397	5 205	1 490	7 733	18 482	6513	1 412	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 228	-1 313 4	-1 653	-934	- 156	- 929	407	615	230	
	Zum Ende des Monats bestehende										
	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 080	-	218	230	49	49	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 187	-	16	1 699	576	1 454	2 638	1	209	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-4777	0	40	99	669	- 397	-1 862	9	139	

 $^{^1}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a1108,8 Mio. €, b 788,8 Mio. €, c1020,0 Mio. €, d 700,0 Mio. €, e1436,6 Mio. €, f344,5 Mio. €, g1092,0 Mio. €, h 372,2 Mio. €, i 97,0 Mio. €.

⁴ BY – Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -1 313,0 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentigung von insgesamt 540,0 Mio. € dargestellt werden.

⁵ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 5,9 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2014

	in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 318	9 986	9 621	9 143	23 799	4 658	12 297	318 710	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	15 802	9416	9 358	8 667	22 890	4 541	12 113	305 593	
111	Steuereinnahmen	10 214	5 667	7 176	5 5 2 6	13 127	2 565	9889	234 243	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 909	3 223	1 606	2 750	7 732	1 563	1 138	59 025	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	427	241	99	230	1 099	194	39	3 427	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	1097	585	178	559	3 357	663	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 516	570	263	476	909	117	184	13 118	
121	Veräußerungserlöse	0	3	3	16	102	0	13	1 601	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	4	10	-	-	1 378	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	447	384	175	281	294	87	102	6 603	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 655	9 916	9 865	8 957	22 961	5 097	11 873	318 008	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	13 554	8 652	9 2 1 2	7 780	21 502	4367	10 976	284670	
211	Personalausgaben	3 904	2 477	3 615	2 449	7 207	1 499	3 837	114136	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	257	226	1 325	195	1 859	521	1 380	34 498	
212	laufender Sachaufwand	1 088	928	556	690	5 977	765	1 870	27 905	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	761	319	469	396	2 670	350	1 424	18 942	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	255	594	774	549	1 753	561	685	16 077	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 061	2 724	2 983	2 571	335	191	177	73 010	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	31	46	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4276	2 268	2 880	2 150	5	13	1	68 029	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 101	1 2 6 4	653	1 177	1 459	730	897	33 338	
221	Sachinvestitionen	811	242	139	280	300	70	358	6 499	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 162	475	231	399	135	179	12	10 679	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 102	1 264	652	1 177	1 380	721	897	31 659	

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2014

			·	·	in M	io.€	·		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	663	70	- 244	186	838	- 440	424	702
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	938	4617	3 810	1 582	7 244	5 282	3 3 3 3 6	80 596
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	890	4617	3 807	1 853	8 405	4967	3 160	83 991
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	48	0	2	- 272	-1 161	315	176	-3 395
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	154	2 466	-	-	7	1 3 6 9	84	7 704
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 685	57	-	-	406	673	1 020	14620
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 571	- 209	219	0	-1 359	600	-9 399

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Januar-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a1108,8 Mio. €, b788,8 Mio. €, c1020,0 Mio. €, d700,0 Mio. €, e1436,6 Mio. €, f344,5 Mio. €, g1092,0 Mio. €, h372,2 Mio. €, i 97,0 Mio. €.

⁴ BY – Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -1 313,0 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentigung von insgesamt 540,0 Mio. € dargestellt werden.

⁵ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 5,9 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 28. Januar 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.¹ Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.3
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen

- der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden im Rahmen von Trendfortschreibungen um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2015 der Bundesregierung.
- Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig

¹Siehe unter: https://circabc.europa.eu/.

² Siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434.

³ Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell auten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)	budgetserniesiastizität	in Mrd. € (nominal)	
2015	3 032,9	3 013,1	-19,7	0,205	-4,0
2016	3 125,2	3 113,0	-12,2	0,205	-2,5
2017	3 224,8	3 213,5	-11,3	0,205	-2,3
2018	3 323,9	3 3 1 7, 2	-6,7	0,205	-1,4
2019	3 424,2	3 424,2	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktior	nspotenzial			Produktion	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BII
1980	1 505,2		860,0	•	34,7	2,3	19,8	2,3
1981	1 539,2	+2,3	916,1	+6,5	8,9	0,6	5,3	0,6
1982	1 571,0	+2,1	977,9	+6,7	-29,0	-1,8	-18,0	-1,8
1983	1 603,1	+2,0	1 025,9	+4,9	-36,9	-2,3	-23,6	-2,3
1984	1 636,3	+2,1	1 068,0	+4,1	-25,8	-1,6	-16,8	-1,6
1985	1 670,3	+2,1	1 113,3	+4,2	-22,3	-1,3	-14,9	-1,3
1986	1 707,8	+2,2	1 172,5	+5,3	-22,1	-1,3	-15,2	-1,3
1987	1 747,2	+2,3	1 214,9	+3,6	-37,9	-2,2	-26,4	-2,2
1988	1 790,0	+2,5	1 265,7	+4,2	-17,4	-1,0	-12,3	-1,0
1989	1 839,2	+2,7	1 337,9	+5,7	2,5	0,1	1,8	0,1
1990	1 893,3	+2,9	1 424,1	+6,4	45,2	2,4	34,0	2,4
1991	1 950,8	+3,0	1 512,6	+6,2	86,7	4,4	67,2	4,4
1992	2 009,6	+3,0	1 640,5	+8,5	67,1	3,3	54,8	3,3
1993	2 062,3	+2,6	1 753,2	+6,9	-5,4	-0,3	-4,6	-0,3
1994	2 105,8	+2,1	1 828,9	+4,3	1,6	0,1	1,4	0,1
1995	2 144,0	+1,8	1 898,8	+3,8	-0,9	0,0	-0,8	0,0
1996	2 179,3	+1,6	1 942,0	+2,3	-19,4	-0,9	-17,3	-0,9
1997	2 212,8	+1,5	1 976,7	+1,8	-13,4	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 246,0	+1,5	2 018,3	+2,1	-3,4	-0,2	-3,1	-0,2
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,4	0,2	4,9	0,2
2000	2 3 1 9, 1	+1,6	2 080,9	+1,2	36,4	1,6	32,6	1,6
2001	2 356,1	+1,6	2 141,1	+2,9	39,3	1,7	35,7	1,7
2002	2 391,0	+1,5	2 202,1	+2,8	4,6	0,2	4,2	0,2
2003	2 423,0	+1,3	2 258,6	+2,6	-44,6	-1,8	-41,6	-1,8
2004	2 454,6	+1,3	2 312,9	+2,4	-48,1	-2,0	-45,4	-2,0
2005	2 486,0	+1,3	2 357,1	+1,9	-62,6	-2,5	-59,3	-2,5
2006	2 518,3	+1,3	2 394,9	+1,6	-4,9	-0,2	-4,7	-0,2
2007	2 549,2	+1,2	2 465,3	+2,9	46,3	1,8	44,8	1,8
2008	2 576,4	+1,1	2 512,7	+1,9	46,5	1,8	45,3	1,8
2009	2 594,7	+0,7	2 575,5	+2,5	-119,7	-4,6	-118,8	-4,6
2010	2 614,9	+0,8	2 614,9	+1,5	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5
2011	2 641,2	+1,0	2 671,2	+2,2	27,5	1,0	27,9	1,0
2012	2 672,4	+1,2	2 743,4	+2,7	6,3	0,2	6,5	0,2
2013	2 706,7	+1,3	2 835,8	+3,4	-25,1	-0,9	-26,3	-0,9
2013	2 743,8	+1,4	2 926,4	+3,2	-21,8	-0,8	-23,2	-0,3
2014	2 743,8	+1,4	3 032,9	+3,6	-18,1	-0,8	-19,7	-0,8
2015	2 819,6	+1,4	3 125,2	+3,0	-11,0	-0,7	-19,7	-0,7
2017				+3,2	-10,0	-0,4		-0,4
	2 855,9	+1,3	3 224,8				-11,3	
2018	2 889,4	+1,2	3 323,9	+3,1	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2
2019	2 921,8	+1,1	3 424,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,1	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+3,0	1,8	0,1	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,3
2015	+1,4	0,6	0,4	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,0	0,4
2019	+1,1	0,7	0,0	0,4

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1960	750,2		171,7		
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8	
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1	
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9	
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9	
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7	
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7	
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8	
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8	
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1	
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8	
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0	
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0	
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4	
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2	
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8	
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4	
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6	
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7	
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6	
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9	
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7	
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2	
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4	
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9	
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5	
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4	
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7	
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5	
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9	
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8+	
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4	
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3	
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1	
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7	
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7	
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4	
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1	
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6	
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5	
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0	
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4	
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5	
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3	
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3	
2006	2513,4	+3,7	2 390,2	+4,0	
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0	
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9	
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0	
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9	
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8	
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9	
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2	
2014	2722,0	+1,5	2 903,2	+3,3	
2015	2763,4	+1,5	3 013,1	+3,8	
2016	2 808,6	+1,6	3 113,0	+3,3	
2017	2 845,8	+1,3	3 213,5	+3,2	
2018	2 883,6	+1,3	3 3 1 7, 2	+3,2	
2019	2 921,8	+1,3	3 424,2	+3,2	

 $^{^{1}}$ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 556			61,2	32 340	
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,5	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,4	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,0		37 969	+0,0
1996	62 134	+0,2	67,0	66,7	37 969	
						-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten		
Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 652	+0,9
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 822	+0,4
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	42 937	+0,3
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 001	+0,1
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 066	+0,1
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 130	+0,1
2020	60 989	-0,2	73,8	73,8		
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1		
2022	60 736	-0,3	74,3	74,4		

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	tätigem, Arbeitsst	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer			
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 0			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden in % ggü. Vorjahr		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 167		25 152		1,4	
1961		•	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963		•	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0
1988	1612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,4
1994	1534	-0,7	1 537	-0,3	34052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert				NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	INAVVRO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,7
2013	1 373	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,3
2014	1 371	-0,2	1 370	+0,5	38 247	+1,1	4,7	4,9
2015	1 370	-0,1	1 372	+0,2	38 436	+0,5	4,7	4,5
2016	1 370	+0,0	1 373	+0,1	38 536	+0,3	4,8	4,1
2017	1 371	+0,0	1 373	-0,1	38 583	+0,1	4,5	3,9
2018	1 371	+0,0	1 372	-0,1	38 630	+0,1	4,2	3,9
2019	1371	-0,0	1 371	-0,1	38 677	+0,1	3,9	3,9
2020	1370	-0,0	1 370	-0,0				
2021	1 370	-0,0	1 370	-0,0				
2022	1 370	-0,0	1 369	-0,0				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 $^{^2\,\}mbox{NAWRU}$ – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote	
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%	
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,6	
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5	
1993	10531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,5	
1994	10824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6	
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5	
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6	
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6	
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8	
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8	
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8	
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8	
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8	
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0	
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,	
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,	
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3	
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3	
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3	
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,	
2010	14528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4	
2011	14691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,6	
2012	14 861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4	
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,5	
2014	15 174,0	+1,0	543,8	+3,1	2,6	
2015	15 328,4	+1,0	555,1	+2,1	2,6	
2016	15 492,8	+1,1	571,5	+3,0	2,7	
2017	15 666,8	+1,1	583,4	+2,1	2,6	
2018	15 850,7	+1,2	595,6	+2,1	2,6	
2019	16 041,9	+1,2	608,0	+2,1	2,6	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4271
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3410
1988	-7,3329	-7,3245
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2883
1991	-7,2451	-7,2702
1992	-7,2332	-7,2534
1993	-7,2350	-7,2385
1994	-7,2187	-7,2254
1995	-7,2100	-7,2139
1996	-7,2037	-7,2034
1997	-7,1888	-7,1932
1998	-7,1826	-7,1832
1999	-7,1751	-7,1729
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1519
2002	-7,1396	-7,1426
2003	-7,1424	-7,1344
2004	-7,1367	-7,1269
2005	-7,1291	-7,1200
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1025
2009	-7,1349	-7,0986
2010	-7,1085	-7,0940
2011	-7,0873	-7,0894
2012	-7,0859	-7,0850
2013	-7,0869	-7,0803
2014	-7,0844	-7,0753
2015	-7,0765	-7,0697
2016	-7,0665	-7,0634
2017	-7,0578	-7,0567
2018	-7,0493	-7,0495
2019	-7,0410	-7,0421

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,7	+1,8	105,7	+1,0	1 479,4	+3,7
2015	109,0	+2,2	106,8	+1,0	1 531,7	+3,5
2016	110,8	+1,7	108,4	+1,4	1 575,5	+2,9
2017	112,9	+1,9	110,3	+1,8	1 621,9	+2,9
2018	115,0	+1,9	112,3	+1,8	1 669,8	+3,0
2019	117,2	+1,9	114,3	+1,8	1 719,1	+3,0

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(roal)	
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbs- quote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,7	+0,9	54,2	2,1	4,7	+1,5	+0,6	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	1,1	+1,1	19,7

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,3	+1,8	+1,4	+1,4	+1,0	+0,9	+1,8
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,7	+1,5	-1,5	+1,2

¹Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt		
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	d. €	Anteile am BIP in %					
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6		
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2		
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0		
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5		
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3		
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8		
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5		
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7		
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4		
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5		
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5		
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7		
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6		
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5		
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7		
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9		
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0		
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7		
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0		
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9		
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1		
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3		
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0		
2014	+3,6	+1,7	189,2	225,2	45,7	39,1	6,5	7,8		
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6		
2014/09	+7,4	7,0	+149,9	180,9	+43,7	38,2	5,5	6,7		

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
		ellikollilleli	(irilarider)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeithenmer)	Herimer)
Jahr	V	eränderung in % p. a	а.	in	%	Veränderun	g in % p. a.
1991				70,0	70,0		
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,6	+3,4	+3,7	+68,1	+69,0	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,8	+3,5	+67,5	68,7	+2,7	+1,1

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				,					
Land					e Veränderung				
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,4
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	1,9	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,5	-1,2	0,0	0,8	1,4
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,0	1,8
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	1,0	2,5	3,6
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,5	3,6
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,5	0,6	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	3,0	3,0	3,4
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,0	2,6	2,9
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,5	3,3	3,3	2,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,7	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,2	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-3,3	-1,4	1,0	1,6	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	2,5	3,2
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	1,8	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,3	2,5
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,3	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,4	0,8	1,0
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	0,8	1,7	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,5	0,2	1,0
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,3	3,2	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	3,0	2,7	2,9
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	1,8	2,3	2,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,3	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,3	2,4	1,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,6	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,4	0,0	1,3	1,7	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,5	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,4	1,3	1,3

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlicl	ne Veränderunge	n in %		
Land	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,5	+1,3
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4
USA	+2,4	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0
Japan	-	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015, sowie Eurostat.}\\$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,3	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,7	6,8	5,9
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,0	8,8
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,2
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,6	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,8
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,8	12,8	12,6
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	9,5	8,7	7,9
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,3	6,4	6,3
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,0	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,3	6,7	6,9	6,6	6,4
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,0	5,2	5,0
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,2	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,5	8,9
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,3	22,5	20,7
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	-	8,8	9,1	10,2	11,3	12,0	11,6	11,2	10,6
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,7	10,9	10,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,5	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,1	17,3	17,0	16,8	16,4
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,1	8,8	8,3
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	7,0	6,9	6,8
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,8	7,7	7,5
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	6,0	5,9
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,4	6,6
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,3	5,6	5,4
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,8	10,2	9,8	9,3
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	4,9
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,7	3,7	3,6

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	jsbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des no Bruttoinlan	ominalen Idprodukts	3
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,2	+0,8	+1,6	+6,2	+6,4	+7,9	+7,9	2,5	0,6	1,9	2,
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,
Asien	+6,7	+6,6	+6,5	+6,6	+4,7	+4,7	+4,1	+4,2	1,0	1,0	1,0	1,
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,9
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,2
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,
Lateinamerika	+2,9	+2,7	+1,3	+2,2	+6,1	+7,1			-1,9	-2,7	-2,5	-2,
darunter												
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6			-0,2	-0,8	-0,8	-1,
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,
Sonstige												
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.02.2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	18 019	17 823	1,10	15 373	18 054
Euro Stoxx 50	3 448	3146	9,59	2 875	3 448
Dax	10 963	9 806	11,80	8 572	10 963
CAC 40	4 759	4 273	11,38	3 919	4 759
Nikkei	17 913	17 451	2,65	13 910	17 980
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.02.2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,06	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,34	0,54	-1,72	0,30	1,96
Japan	0,41	0,33	-1,65	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,68	1,76	-0,38	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.02.2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,14	1,21	-5,94	1,12	1,40
Yen/US-Dollar	118,72	119,68	-0,80	100,97	121,41
Yen/Euro	135,46	145,23	-6,73	132,12	149,03
Pfund/Euro	0,74	0,78	-5,12	0,74	0,84

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,5	+1,5	+2,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6	5,2	5,0	4,9	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,2	+1,5	+1,3	+1,5	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,5	+3,2	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0	7,4	6,2	5,4	4,9
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,4	+3,6	+3,3	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,4	+1,3	+1,3	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9	4,0	3,7	3,7	3,6
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	+0,1	+0,6	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,0	+1,8	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+0,9	+1,3	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,5	+0,6	+1,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5	12,2	12,8	12,8	12,6
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,4	+0,4	+0,8	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,6	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	7,6	6,3	5,6	5,4
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+2,3	+2,1	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,3	+1,9	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	12,0	11,6	11,2	10,6
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4	10,8	10,2	9,8	9,3
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,4	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1	8,4	8,5	8,3	8,1
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland			<u> </u>									
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6	8,6	7,7	6,8	5,9
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland	11,0	11,2	12,3	13,3	13,2	10,0	11,5	12,1	0,0	7,0	7,0	0,0
	-1,2	+0,0	10.0	+1,4	+2,2	11.2	+0,5	+1,3	0.7	8,7	9,0	8,8
EU-KOM			+0,8			+1,2			8,2			
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-3,9	+1,0	+2,5	+3,6	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7	27,5	26,6	25,0	22,0
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,5	+3,6	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3	13,1	11,1	9,6	8,8
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9	11,9	11,0	10,2	9,2
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+3,0	+3,0	+3,4	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6	11,8	9,5	8,7	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,6	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8	5,9	6,3	6,4	6,3
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta	, .	. =,.	, , -	. =, .	,.	, .	. =, .	,-		.,.		-,-
EU-KOM	+2,5	+3,3	+3,3	+2,9	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9	6,4	6,0	5,9	5,9
OECD	-	13,3	-	12,3	-	10,0	-	- 1,5	-	-	-	-
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2
	+2,5	72,2	ΤΖ, Ζ	+2,0	+1,0	+1,0	Τ1,2	T1,4	0,4	0,0	0,1	0,2
Niederlande	0.7	10.7	_11.4	117	73.0	103	4 ۵ د	107	67	6.0	6.0	<i>C A</i>
EU-KOM	-0,7	+0,7	+1,4	+1,7	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7	6,7	6,9	6,6	6,4
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,2	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2	4,9	5,0	5,2	5,0
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Portugal													
EU-KOM	-1,4	+1,0	+1,6	+1,7	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1	16,4	14,2	13,4	12,6	
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4	
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0	
Slowakei													
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,2	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3	14,2	13,4	12,8	12,1	
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2	
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8	
Slowenien													
EU-KOM	-1,0	+2,6	+1,8	+2,3	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9	10,1	9,8	9,5	8,9	
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3	
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9	
Spanien													
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,3	+2,5	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1	26,1	24,3	22,5	20,7	
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9	
IWF	-1,2	+1,4	+2,0	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4	
Zypern													
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,4	+0,8	+1,0	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,7	10,9	10,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,7	+2,1	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6	7,0	6,6	6,5	6,4
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,5	+0,2	+1,0	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0	17,3	17,0	16,8	16,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,3	+3,2	+3,4	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4	10,3	9,1	8,8	8,3
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+3,0	+2,7	+2,9	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5	7,1	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+1,8	+2,3	+2,6	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0	8,0	7,8	7,7	7,5
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,3	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4	7,0	6,1	6,0	5,9
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,3	+2,4	+1,9	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8	10,2	7,7	7,4	6,6
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6

Ouellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

 $IWF: Weltwirtschaftsausblick \, (WEO), \, Oktober \, 2014; \, Update \, f\"{u}r \, GDP \, bestimmter \, L\"{a}nder, \, Januar \, 2015. \, Landau \, Contract \, Contrac$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,4	0,2	0,2	76,9	74,2	71,9	68,9	6,9	7,7	8,0	7,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-2,8	104,7	104,9	104,3	103,9	-2,5	-2,5	-2,3	-2,6
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8	243,2	246,3	249,5	250,9	0,7	0,5	1,0	1,2
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1	92,2	95,3	97,1	98,2	-2,0	-1,8	-1,3	-1,7
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7
Italien												
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0	127,9	131,9	133,0	131,9	0,9	1,8	2,6	2,6
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6	87,2	88,7	90,1	91,0	-4,5	-4,1	-3,8	-3,3
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9	93,1	94,3	94,4	93,2	2,4	2,8	3,2	3,0
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2	87,1	88,4	88,3	87,6	1,4	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo	lanzsaldo		
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016		
Belgien														
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,5	106,4	106,8	106,6	-1,5	-0,1	0,0	0,2		
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0		
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7		
Estland														
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6	10,1	9,8	9,6	9,5	-0,4	-1,5	-1,7	-2,1		
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2		
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5		
Finnland														
EU-KOM	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2	56,0	58,9	61,2	62,6	-2,0	-1,4	-0,7	-0,4		
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8		
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4		
Griechenland														
EU-KOM	-12,2	-2,5	1,1	1,6	174,9	176,3	170,2	159,2	-2,3	-2,0	-1,5	-0,9		
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8		
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1		
Irland														
EU-KOM	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1	123,3	110,8	110,3	107,9	3,8	5,0	4,6	3,9		
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4		
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9		
Lettland														
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0	38,2	40,4	36,5	35,5	-2,2	-2,5	-2,6	-2,9		
OECD		-	-	-			-	-	-	-	-			
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8		
Litauen									-	<u> </u>				
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9	39,0	41,1	41,8	37,3	0,6	0,1	1,0	0,4		
OECD	_	-	-	-			-	-	-	-	-	_		
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4		
Luxemburg														
EU-KOM	0,6	0,5	-0,4	0,1	23,6	22,7	24,4	25,1	5,2	4,8	3,8	3,6		
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0		
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3		
Malta														
EU-KOM	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8	69,5	68,6	68,0	66,8	0,9	3,3	3,5	3,6		
OECD	· -	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4		
Niederlande	, -	,				,-	,-		•-		.,-			
EU-KOM	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8	68,6	69,5	70,5	70,5	8,5	8,5	8,0	8,1		
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3		
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2		

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Österreich													
EU-KOM	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4	81,2	86,8	86,4	84,5	2,3	2,5	2,6	2,7	
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6	
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2	
Portugal													
EU-KOM	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8	128,0	128,9	124,5	123,5	-0,3	-0,2	0,4	0,6	
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9	
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9	
Slowakei													
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6	54,6	53,6	54,9	55,2	0,8	1,1	0,8	0,7	
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5	
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4	
Slowenien													
EU-KOM	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8	70,4	82,2	83,0	81,8	4,8	5,9	5,7	5,4	
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5	
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5	
Spanien													
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7	92,1	98,3	101,5	102,5	1,5	-0,1	0,6	0,5	
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9	
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7	
Zypern													
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Bulgarien													
EU-KOM	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9	18,3	27,0	27,8	30,3	2,2	1,7	2,1	1,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9	
Dänemark													
EU-KOM	-1,1	1,8	-2,8	-2,7	45,0	45,0	42,7	43,6	7,2	6,5	6,6	6,5	
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0	
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0	
Kroatien													
EU-KOM	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6	75,7	81,4	84,9	88,7	0,4	0,9	2,4	3,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8	
Polen													
EU-KOM	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7	55,7	48,6	49,9	49,8	-1,5	-1,3	-1,5	-2,0	
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5	
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5	
Rumänien													
EU-KOM	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5	38,0	38,7	39,1	39,3	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2	
Schweden													
EU-KOM	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0	38,6	41,4	41,3	40,6	6,8	5,9	5,6	5,4	
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1	
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9	
Tschechien													
EU-KOM	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5	45,7	44,1	44,4	45,0	-2,2	-1,0	-0,3	0,1	
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2	
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4	
Ungarn													
EU-KOM	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	77,7	77,2	76,1	4,2	4,1	4,4	4,9	
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7	
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Februar 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.